



Wertjährl. Abonnementendpr. in Trossau 6 Mark, Weiden-Abo. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 80 Pf., für Musterzeile aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Erledigung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmaul, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 43. Morgen-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Mittwoch, den 18. Januar 1888.

## Der preußische Staatshaushaltsetat pro 1888/89.

Für das Jahr vom 1. April 1888/89 sind die Einnahmen des Staates auf 1410720921 M., die Ausgaben im Ordinarien auf 1362134662 M., im Extraordinarium auf 48954259 M. veranschlagt. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatjahr zeigt, wenn die in dem Etat des letzteren angezeigten außerordentlichen Einnahmen, im Wesentlichen ein Anleihebetrag von 40456783 M., außer Betracht bleiben, die für 1888/89 angezeigte Einnahme ein Mehr von 121693708 M., die Ausgabe ein Mehr von 81235925 M., wovon auf das Ordinarium 66243650 M., auf das Extraordinarium 14290275 M. entfallen.

Im Einzelnen sieht sich der Etat folgendermaßen zusammen:

Etat der Domänenverwaltung: Einnahmen 29581070 Mark, Ausgaben 7333180 Mark, Überschuss 22247890 Mark.

Etat der Forstverwaltung: Einnahmen 57788000 Mark, Ausgaben 34490000 Mark, Überschuss 23190000 Mark.

Etat der Central-Verwaltung der Domänen und Forsten: Einnahmen 150 Mark, Ausgaben 452510 Mark.

Der Etat der direkten Steuern schließt mit einer Einnahme von 150431300 Mark, das sind um 3153300 Mark mehr als im Vorjahr, ab. Das Plus sieht sich zusammen aus einem Mehrantrag bei der Gebäudesteuer von 650000 Mark, bei der klassizistischen Einkommensteuer von 1643000 Mark, bei der selbensteuer von 633200 Mark und bei der Gewerbesteuer von 209000 Mark. Die Ausgaben betragen 11591900 Mark, so daß ein Überschuss von 144842400 Mark verbleibt.

Der Etat der indirekten Steuern schließt in der Einnahme bei den Reichsteuern mit 39484220 M.; hiervon entfallen auf Zölle 16500000 Mark, an die Reichskasse abzuführen sind 154743000 M., es bleiben als Vergütung für Erhebung und Verwaltungskosten 10257000 M.; Tabaksteuer 3346000 M., davon gehen ab an Ausfuhrvergütungen und Ablieferung an die Reichskasse 3178000 M., verbleiben mithin 167200 M.; Zuckerteuer und Materialsteuer 106200000 M., davon gehen ab an Ausfuhrvergütungen 65367000 M., Ablieferung an die Reichskasse 28669000 M., zusammen 104036000 M.; Verbrauchsabgabe 7087000 M., Ablieferung an die Reichskasse 5255000 M., es verbleiben mithin für die preußische Kasse 3996000 M.; Salzsteuer 24122000 M., Ablieferung an die Reichskasse 23940080 M., verbleiben somit 181920 M.

Brautweinsteuer: Maiz-, Bottich- und Brautweinmaterialsteuer 44060000 M., davon gehen ab Ausfuhrvergütungen 18674000 M. Ablieferung an die Reichskasse 18777000 M.; Verbrauchsabgabe und Zuflug zu derselben 104511000 M., Ablieferung an die Reichskasse 88834350 M., Ablieferung der fiktiven Nachstenercredite 6860000 M., es verbleiben mithin der preußischen Kasse 2225650 M.

Brautsteuer und Übergangsabgabe von vier 15684000 M., davon gehen ab an Ausfuhrvergütungen 4230000 M., Ablieferung an die Reichskasse 12908400 M., verbleiben 2352600 M.

Spielerkostenstempel 677000 M., Ablieferung an die Reichskasse 613150 Mark, verbleiben 33850 M.; Siedlungabgabe für Werthypapiere, Kaufgeschäfte u. c. und Lotterielose 10500000 M., an die Reichskasse abzuführen sind 10290000 M., verbleiben 210000 M. In Summa verbleiben demnach der preußischen Kasse 39484220 M. Das sind um 13313660 Mark mehr, als im vorigen Etat angezeigt waren.

Die Einnahmen für alleinige Rechnung Preußens betragen 28359780 Mark; darunter die Stempelsteuer 18000000 Mark, um 1500000 Mark mehr als im Vorjahr. Insgesamt betragen die indirekten Steuern 67844000 Mark. Das sind 13756000 Mark mehr als im Vorjahr. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß bei den Einnahmen im Wegefall kommen 600000 Mark Hypothekengebühren im Oberlandesgerichtsbezirk Köln, welche auf den Etat der Justizverwaltung übertragen sind, und 570000 Mark der bisherigen Wittwen- und Waisengeldbeiträge.

Die dauernden Ausgaben bei den indirekten Steuern sind auf 31911700 Mark veranschlagt, das sind 5746950 Mark mehr als im Vorjahr. Es entfallen von diesem Plus 3500000 M. auf Bevölkerung der in Folge des Brautwein- und Zuckerteuerergesetzes erforderlichen neuen Beamten der Zoll- und Steuererhebung und Controle, sowie 380280 Mark auf Wohnungsgeldzuschüsse für diese Beamten, 100000 M. auf Neuunterbringung des Hilfspersonals, 100000 M. auf Stellenzulagen der Grenz- und Steueraufsichter und 1150000 M. auf Tagegeld und Reisekosten. Diese Mehrausgaben werden eingehend in der Erläuterung motiviert.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben betragen 1362484 M. Davon 1000000 M. zur Erweiterung von Abfertigungs- und Niederlagsräumen, sowie zur Errichtung neuer öffentlicher Riederallagen aus Anlaß der neuen Gesetzgebung über die Brautweinsteuer.

Der Überschuss bei den indirekten Steuern beträgt mithin 34569816 Mark, das sind 6766566 M. mehr als im Vorjahr.

Der Etat der Lotterieverwaltung schließt in Einnahme mit 8222700 Mark, in Ausgabe mit 169700 Mark, mithin mit einem Überschuss von 8053000 M. ab, das sind 152200 M. mehr als im Vorjahr.

Die Einnahme aus dem Geschäftsgewinn der Seehandlung ist auf 1657000 Mark, das sind um 377000 Mark weniger als im Vorjahr, veranschlagt.

Der Etat der Minzverwaltung schließt in Einnahme mit 239800 Mark, in Ausgabe mit 229350 Mark ab.

Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ist in Einnahme auf 109618130 Mark, das ist um 976208 Mark höher als im Vorjahr, veranschlagt. Die dauernden Ausgaben belaufen sich auf 94666077 Mark, das sind 1184345 Mark mehr als im Vorjahr. Die einmaligen Ausgaben betragen 1424000 Mark, hiervon entfallen 600000 Mark als erste Rate zum Ankauf der beiden Steinkohlenbergwerke Bero und Double-Bero, über welche in der Erläuterung gelegt ist:

Die genannten, mit der Königin Luise-Grube marktscheidenden beiden Steinkohlenbergwerke, welche zusammen nach Abrechnung des mutmaßlich flüssigen Theils der Bero-Grube einen Flächeninhalt von rund 2 Mill. Quadratmeter mit einer bauwürdigen Kohlenmächtigkeit von rund 30 Meter haben und etwa 60 Mill. Tonnen Kohlen enthalten, liegen zwischen den vom Staate erworbenen Steinkohlenbergwerken Guido und Otto-Gustav. Nachdem die Bause der Guido-Grube in der oberen Sohle hart an die Grenze der Bero-Grube gelangt sind, während die Bause in der tiefen Sohle noch zurückstehen, liegt es im Staatsinteresse, beide Grubenfelder anzulaufen, weil sie dadurch die Bergwerke Guido und Otto-Gustav sehr zweckmäßig zu einem wertvollen abgerundeten Kohlenfeld ergänzen, dessen Flöze in ihrem regelmäßigen Fortstreichen von der Königin Luise-Grube aus abgebaut werden können. Beide Bergwerke (einschließlich der Gründung) sind zum Kaufpreis von 1100000 M. feil, welcher, nachdem die entsprechenden Geldmittel durch die Staatshaushaltsetat für 1888/89 und 1889/90 verfügbar gemacht sein werden, mit 600000 resp. 500000 M. nach der geleglichen Feststellung dieser Staatshaushaltsetat zu zahlen sein würden." — Der Überschuss bei diesem Etat beläuft sich sonach auf 13528059 Mark.

Bei sämtlichen staatlichen Verwaltungen ergibt sich ein Minderbetrag gegen den laufenden Etat von insgesamt 6118874 M. dadurch, daß die gesetzlichen Wittwen- und Waisengeldbeiträge außer Acht gelassen sind.

Der Etat der Verwaltung der Eisenbahnen schließt in Einnahme mit 72025519 M., in Ausgabe mit 653842108 M. Der Mehrüberschuss gegen das Vorjahr ist somit auf 22107934 M. angezeigt.

Zusammengefaßt betragen somit die einzelnen Einnahmen zweige 1145921379 M.

Die Dotationsen und die allgemeine Finanzverwaltung sind in Einnahme zusammen auf 20095085 M., um 29441515 M. höher als im laufenden Etat, veranschlagt. Es kommen bei der allgemeinen Finanzverwaltung an Mehreinnahmen insbesondere in Betracht 70946350 M.

Anteil an dem Ertrage der Verbrauchsabgaben von Brauntwein, 1104130 M. an Überweisungen aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer, 32440 M. aus dem Ertrag der Reichstempelabgaben. Die Ausgaben sind auf 419203817 M., das sind 27627870 M. mehr als im Vorjahr veranschlagt. Unter den Mehrausgaben sind vornehmlich 2517423 M. Erhöhung der Matricularbeiträge. Unter Berücksichtigung der Mehr- bzw. Minderausgaben, unter welch letzteren 3000000 M. an Überweisungen an die Communalverbände auf Grund der lex Huene enthalten sind, ergibt sich bei der allgemeinen Finanzverwaltung gegen das laufende Etatjahr ein Mehrüberschuss von insgesamt 46558151 M.

Bei der Staatsverwaltung sind die Einnahmen im Staatsministerium veranschlagt auf 1068002 M., die Ausgaben auf 3498267 M., im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Einnahmen auf 4600 M., die Ausgaben auf 514100 M., im Finanzministerium Einnahme auf 1577181 M., die Ausgaben auf 48025749 M., im Ministerium der öffentlichen Arbeiten (Bauverwaltung) Einnahme auf 1516500 M., Ausgabe auf 19304972 M. (die Mehrausgabe beträgt hier 256929 M., darunter 82750 M. für Unterhaltung der Seehäfen u. s. w. und 70000 M. für Vergütungen für Nebenbeschäftigungen der Bauinspektoren, welch letzterer Mehrausgabe eine gleich hohe Mehreinnahme gegenüberstellt), im Ministerium für Handel und Gewerbe Einnahme auf 1004012 M., Ausgabe auf 3667751 M. (das Plus der Mehrausgabe gegen das Vorjahr von 138428 Mark entsteht größtenteils durch Mehrgewährung von 40000 Mark für Fortbildungsschulen und 39126 M. für gewerbliche Fachschulen), im Justizministerium Einnahme auf 48398000 M., Ausgabe auf 86100300 Mark (unter der Mehrausgabe von 944300 M. figurieren 602369 Mark für die Land- und Amtsgerichte), im Ministerium des Innern Einnahme auf 3931065 M., Ausgabe auf 43565176 M. (von den Mehrausgaben von 1021459 M. entfallen 218226 M. an die landräthlichen Behörden aus Anlaß der Theilung von Kreisen in den Provinzen Westpreußen und Posen, 386021 M. bezw. 190012 M. für Zwecke der Polizeiverwaltung in Berlin, sowie 168182 M. für die Gendarmerie; eine Minderausgabe von 116370 M. ergibt sich bei den Strafanstalten-Berwaltungen), im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Einnahme auf 3801728 M., die Ausgaben auf 14101188 M. (die Mehrausgabe von 604290 Mark enthält unter Anderem den Betrag von 500000 Mark in Folge der Übernahme der in dieser Höhe bisher im Extraordinarium eingestellten gemessenen Mittel zur Förderung der Flukregulirungen in das Ordinarium des Staats); im Cultusministerium Einnahme auf 2556069 Mark, die Ausgaben auf 70190992 M. (die Mehrausgaben sind auf 12116826 M. vorgesehen, davon entfallen auf das Elementarunterrichtsamt 1000000 M., ferner 570000 Mark zur Erhöhung der Fonds zu Pensionen für Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen und 100000 Mark zur Förderung des deutschen Volksschulwesens in den Provinzen Westpreußen und Posen und im Regierungsbezirk Oppeln; auf die Verbesserung der äußerer Lage der Geistlichen aller Bekennens 744387,09 Mark; der letztere Fonds in Höhe von jetzt 4000000 Mark ist, wie es in der Erläuterung heißt, nach Erfüllung der auf denselben ruhenden rechtlichen Verpflichtungen zunächst dazu bestimmt, das Jahreseinkommen der bereits 5 Jahre im Amt befindlichen Geistlichen in evangelischen Pfarren auf 2400 Mark und in katholischen Pfarren auf 1800 Mark zu erhöhen; aus dem Überrest können Alterszulagen zur Erhöhung des Jahreseinkommens der evangelischen Geistlichen bis auf 3600 Mark und der katholischen Geistlichen bis auf 2400 Mark, sowie Unterstützungen gewährt werden; die am Jahresende verbleibenden Bestände können zur Verwendung in die folgenden Jahre übertragen werden; für Vicariateinrichtungen 140000 Mark. In der evangelischen Kirche hat sich neuerlich, wie es in der Erläuterung heißt, das Bedürfnis herausgestellt, diejenigen Theologen nach Abschluss der wissenschaftlichen Vorbildung und vor dem Eintritt in das Pfarramt, soweit möglich, unter Leitung eines älteren erfahrenen Geistlichen in die Praxis einzuführen. Der neu ausgebrachte Fonds soll dazu dienen, Beihilfen zu den Kosten des Unterhalts der in diesem Stadium ihrer Vorbildung zum Berufe (im "Vicariat") befindlichen jungen Geistlichen zu gewähren).

Im Etat des Kriegsministeriums ist die Einnahme auf 300 und die Ausgabe auf 30000 Mark veranschlagt. Insgesamt betragen die sämtlichen Einnahmen 1410728921 Mark und die dauernden Ausgaben 1362134662 Mark.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben von zusammen 48594259 Mark entfallen auf die Betriebsverwaltung 18721984 Mark, auf die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung 8092000 Mark; darunter 8050000 Mark zur außerordentlichen Tilgung der Staatschulden und auf die eigentlichen Staatsverwaltungen 21780275 Mark.

## Deutschland.

○ Berlin, 16. Januar. [Herr von Rochow auf dem Präsidientenstuhle.] Am Stelle des verstorbenen Grafen Arnim-Boizenburg ist auf Antrag des Herrn von Kleist-Rochow Herr Hans von Rochow zum ersten Vicepräsidenten des preußischen Herrenhauses gewählt worden. Diese Namen rufen die Erinnerung an die Zeit der düstersten Reaction in Preußen wach, denn während Herr von Kleist-Rochow eine der Grundsäulen des Systems Manteuffel-Westfalen war, ist der Name Hans von Rochow unauslöschlich mit jenen Tagen verbündet, in welchen das preußische Junkerthum den Gipfel der Macht und des Neubürgertums erreicht hatte. Der jetzige erste Vicepräsident des preußischen Herrenhauses ist kein anderer als derselbe Hans von Rochow, der am 10. März 1856 den Berliner General-Polizei-Director von Hinkeldey im Zweikampfe erschossen hat. Wenige Wochen zuvor, am 15. Februar 1856 hatte im Herrenhause Graf Pfeil erzählt, daß er als Polizeiverwalter einen Menschen, von dessen juridischer Unschuld er überzeugt war, hatte schließen und fünf Tage einsperren lassen, daß er, von einem Einwohner seiner Güter bedroht, diesen Menschen nichts verhaftet habe lassen und Richter in eigener Sache zu zehn Tagen Arrest verurtheilt habe, daß er einem jungen Burschen dreißig Hiebe hat aufzählen lassen und Graf Pfeil fügte wörtlich hinzu: „Unsere Gewalt ist nicht an diese Gesetze gebunden, die für Beamte gegeben sind, sie ist wesentlich discretionär.“ Wir handeln nach unserer Pflicht, unserer Ehre und unserem Gewissen.

Der würdige Wenzel, Präsident des Appellationsgerichtes in Ratisbon, erklärte: „Wenn Ihnen die Augen jetzt noch nicht aufgehen über das, was wir von den kleinen Herren, wie sie Herr von Gerlach nennt, zu erwarten haben, über die Gesinnung, die sie hegen, dann wollen Sie es nicht sehen, dann wollen Sie sich knechten lassen von Personen, die hier die öffentliche Redefreiheit dazu gebrauchen, daß sie sich eines Verbrechens rühmen, die die Dreistigkeit haben, hierher zu treten, indem sie wohl wissen, daß sie nicht verantwortlich gemacht werden können für das, was sie hier sprechen, die die Dreistigkeit haben,

die sie hier abzulegen, daß sie Handlungen begangen haben, auf die mit gutem Grunde Zuchthaus steht . . . Ich hoffe, daß die Staatsanwaltschaft ihre Schuldigkeit thun wird.“ Wenige Tage später trat an die Stelle des Grafen Pfeil Herr Hans von Rochow mit dem Anspruch, daß die Gesetze des Landes nicht für das Junkerthum gemacht seien und daß die „kleinen Herren“ nicht nach dem Gesetze zu

handeln brauchen, sondern nur nach ihrer Ehre und ihrem Gewissen.

— Herr von Hinkeldey hatte durch sein selbstherrliches Verfahren gezeigt, was auch nur einen Hauch von Liberalismus zeigte, die Staatsrettung planmäßig betrieben, und sich die höchste Zufriedenheit, ja die persönliche Freundschaft des Königs Friedrich Wilhelm IV. erworben. Man braucht nur an die Einsäufelung der Processe gegen Waldeck-Pyrmont u. a. zu erinnern, um jeden Verdacht zu entkräften als habe Herr von Hinkeldey das Geringste mit den liberalen Parteien gemein gehabt. Man hat ihn mit Recht ein Perfectengenie genannt, energisch und erfindungreich, einen Vertreter des intelligenten Despotismus, der Gewalt und Willkür nicht um ihren selbst willen hält, sondern nur soweit er sie für nötig und exprißlich hält. Wo es sich für ihn um die allgemeine Wohlfahrt handelt, gab es ihm keine Rechte des Einzelnen und keine Rücksicht des Gesetzes. Aber er hatte ein so ausgeprägtes Selbstgefühl, daß seine Überzeugung von den politischen Fähigkeiten der im Herrenhause vertretenen Adelspartei nicht ganz hoffnug war. Er war ein Vorkämpfer der staatlichen Bureaucratie gegenüber der feudalen Aristokratie und daher verfeindete er sich mit denjenigen, welche für sich nur Rechte, für andere Pflichten nur gelten lassen wollen. Insbesondere war Herr von Hinkeldey während des Kreuzzuges ein entschiedener Gegner des Moskowiterthums und des deshalb häufig liberale Blätter, welche Russland angripen, zum großen Missvergnügen der Kreuzzeitung und des Ministers von Westfalen umbelebt, ja er warnte sogar einzelne dieser Blätter gelegentlich, daß man gegen sie etwas im Schild führe. Dagegen vergalt er Herrn von Westfalen als derselbe wiederum die Beschlagnahme russenfeindlicher Artikel durchsetzte, dieses Drängen, indem er auch die unausgesetzte gegen die Westmächte hegende Kreuzzeitung konfiszierte. So bestand schon ein kleiner Krieg zwischen der Hof- und Militärpartei einerseits und Herrn von Hinkeldey andererseits, als dem Polizeidirector seitens des Königs der Befehl zuging, daß Treiben in einem gewissen Berliner Spielclub zu überwachen. Da die Mitglieder dieses Jockeyclubs vorzugsweise dem märkischen Adel angehörten, so betrachtete man das Einschreiten der Polizeibehörde gegen das Hazardspiel als einen unerhörten Frevel. Schon vorher waren manche Misshelligkeiten ähnlicher Art vorgekommen. So hatten es Offiziere der Berliner Garnison für eine Beleidigung erachtet, wenn sie bei Übertretung polizeilicher Vorschriften oder Verletzung von öffentlichem Unfug von den Schulzetteln nach ihrem Namen befragt wurden. Als nun gar Polizeibeamte im Namen des Gesetzes in dem Jockeyclub eindrangen, als beständige derselbe aus gewöhnlichen Menschen, mußte das kleine Herrenthum in handgreiflicher Weise Genugthuung haben. Herr von Hinkeldey war geneigt, bis zu einem gewissen Grade der Empfindlichkeit der Jungen Rechnung zu

für thörichte Zwecke ausgiebt. Aber das Ausgeben an sich ist noch keine Verschwendung, es kann ebenso rationell sein, sein Geld in der Gegenwart zu verausgaben, wie es rationell sein kann, es für zukünftige Zwecke zurückzulegen. Die Aufgabe des guten Wirthes besteht gerade darin, von den vielen Möglichkeiten der Verwendung die auszuwählen, die sich als die wirtschaftlich empfehlenswerthe herausstellt. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gehört Reife des Urtheils; das mag man sich erwerben; dagegen liegt eine andere Voraussetzung für ein erfolgreiches Sparen außerhalb der eigenen Willenshärte. Niemand kann wissen, ob er lange genug lebt, um soviel zurückzulegen, als für den in Aussicht genommenen Zweck notwendig ist. Hier tritt dann durch ein organisiertes Sparen eine Ruhelage ein; die Sicherung mit ihrer Übertragung der Risiken hat sich zu bewähren. Natürlich wird dort das rationelle Sparen und die Versicherungen am segensreichsten wirken, wo bei einem ganz geringen Beifall die äußerste Not am ehesten an die Thüre klopfen kann; also vornehmlich bei dem Arbeiter. Woher kommt es nun, daß der Arbeiter bisher freiwillig nur in so geringem Umfange sich der für ihn so erforderlichen Versicherung bedient hat? Die Antwort ist leicht gegeben. Der Versicherungsvertrag ist ein Vertrag von langer Dauer mit ziemlichen Anforderungen; eine einzige Nichtzahlung, die so leicht bei Arbeitslosigkeit eintreten kann, löst den Vertrag schon auf. Dazu kommt, daß je geringer die versicherte Summe, um so höher die Prämie. Alle diese Umstände schrecken den Arbeiter vom Versichern ab; um diese Abneigung zu überwinden, gibt es nur ein Mittel, die allmäßige Erziehung des Arbeiters zu besserer Einsicht. Dieser Weg erscheint dem Staat jedoch zu weitläufig; so greift er ein. Seine Verwaltung ist zwar die allerkoisiestigste; man vergleiche die Unfallversicherung; also durch eine Herabsetzung der Verwaltungskosten läßt sich an den Prämien nichts sparen. Man bedient sich daher eines anderen Ausflusmittelns; man gewährt dem Arbeiter angeblich ein Geschenk. Wie so häufig, dürfen aber die Geschenke sehr thuer der Beglückten zu stehen kommen. Am Ende wird der Arbeitgeber seinen Beitrag bei der Lohnzahlung auf den Arbeitnehmer abwälzen; und auch der Staat vermag nichts beizutun, als was er vorher durch Steuern sich schwer erworben hat und die Steuern werden wiederum zum bei Weitem überwiegenden Theile von den Arbeitern aufgebracht. Die Tendenz also, den Arbeiter durch Geschenke in eine bessere Lage zu bringen, verfehlt vollkommen ihren Zweck. Dazu kommt Anderes. Der Arbeiter, der ohne Arbeit ist, zahlt keine Prämie; dafür wird seine Rente reduziert. So kann es kommen, daß er mit einem Bruchteil an Unterstützung schlechtlich erhält, und dann doch der Armenpflege zur Last fällt, die man durch Zwang fernhalten wollte. Aber dem Arbeitslosen ist mit dem Erlös der Prämie allein oft gar nicht gedient; ein kleines Capital, über das er freie Verfügung hätte, könnte ihm seiner Not entziehen, statt dessen legt der Staat das Exparte nur für einen Zweck, für das Alter fest und ignoriert alle die anderen zahlreichen Möglichkeiten, mag der Betreffende auch darüber wirtschaftlich zu Grunde gehen. Ein vernünftiges Sparen läßt sich eben nur individuell lösen und eine besonnene Socialpolitik wird daher eines ihrer vornehmen Ziele nicht im Zwange, sondern in der Förderung richtiger wirtschaftlicher Erkenntnis sehen. Der Staat könnte aber sogar gezwungen sein, auf dem einmal eingeschlagenen falschen Pfad noch weiter vorwärts zu schreiten. Es wird dem Arbeiter schließlich nur Rente gewährt, in der Voraussetzung, daß die Rendition zur Verschwendung allzu verbreitet sein könnte. Wie aber, wenn der Rentenempfänger sein Geld in den ersten Tagen aufzehrt, dann fällt er doch der Armenpflege anheim, oder der Staat muß sich dazu versehnen, den Rentner gleichzeitig zwangsweise in Pension zu nehmen. Alle diese Mittel führen nicht zum Ziele. Die Aufgabe des Staates wäre es vielmehr, durch Förderung der wirtschaftlichen Einsicht und durch Förderung des Versicherungswesens das anzustreben, was jetzt erreicht werden soll und was, einmal eingeführt, schwerlich wieder beseitigt werden kann. Gewinnen die vorliegenden Pläne aber Gestalt in der Wirklichkeit, so eröffnen sich traurige Perspektiven für die Zukunft, denn jene Organisationen, die jetzt geschaffen werden sollen, unterscheiden sich vom Staate der Socialisten nur in quantitativer, nicht in qualitativer Hinsicht. Lebhafter Beifall lohnte den Redner.

[An Regierungsvorlagen] sind beim Abgeordnetenhaus eingegangen: 1) Die im Jahre 1887 stattgehabten Verhandlungen des Landes-Eisenbahnrathes. 2) Der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der Rechnung des Preußischen Staates veralteten Eisenbahnen im Betriebsjahr 1886/87 nebst der neuzeitlichen Auslage der Übersichtskarte der Verwaltungsbezirke der Preußischen Staatsbahnen. 3) Der Nachweis über die Verwendung des in dem Etat der Eisenbahnverwaltung für 1. April 1886/87 unter Titel 41 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben vorgelebten Dispositionsfonds von 1 500 000. 4) Der Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraums vom 1. October 1886 bis dahin 1887. 5) Die Nachweisungen der bei der Domänenverwaltung und bei der Forstverwaltung im

Staatsjahr 1886/87 durch Kauf und Tausch vorgenommenen Flächenzugänge, sowie der durch Verkauf, Tausch und in Folge von Ablösungen und Separationen eingetretene Flächenabgänge. 6) Die Nachweisung über die Ergebnisse der anderweitigen Verpflichtung der im Jahre 1887 pachtlos gewordenen Domänenoverwerke. 7) Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Rechtszustand einiger von dem Fürstenthum Lippe-Detmold an Preußen abgetretenen Gebietshälften in den Kreisen Herford, Bielefeld und Höxter, sowie die Abreitung einiger Preußischer Gebietshälften an Lippe-Detmold. 8) Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Preußischen Consolidationsgesetzes vom 19. December 1889. 9) Die Nachweisung der für das Jahr vom 1. April 1887/88 A. zur Klassesteuer, B. zur klassifizierten Einkommensteuer veranlagten Personen und über den Betrag der bewährten. Natürlich wird dort das rationelle Sparen und die Versicherungen am segensreichsten wirken, wo bei einem ganz geringen Beifall die äußerste Not am ehesten an die Thüre klopfen kann; also vornehmlich bei dem Arbeiter. Woher kommt es nun, daß der Arbeiter bisher freiwillig nur in so geringem Umfange sich der für ihn so erforderlichen Versicherung bedient hat? Die Antwort ist leicht gegeben. Der Versicherungsvertrag ist ein Vertrag von langer Dauer mit ziemlichen Anforderungen; eine einzige Nichtzahlung, die so leicht bei Arbeitslosigkeit eintreten kann, löst den Vertrag schon auf. Dazu kommt, daß je geringer die versicherte Summe, um so höher die Prämie. Alle diese Umstände schrecken den Arbeiter vom Versichern ab; um diese Abneigung zu überwinden, gibt es nur ein Mittel, die allmäßige Erziehung des Arbeiters zu besserer Einsicht. Dieser Weg erscheint dem Staat jedoch zu weitläufig; so greift er ein. Seine Verwaltung ist zwar die allerkoisiestigste; man vergleiche die Unfallversicherung; also durch eine Herabsetzung der Verwaltungskosten läßt sich an den Prämien nichts sparen. Man bedient sich daher eines anderen Ausflusmittelns; man gewährt dem Arbeiter angeblich ein Geschenk. Wie so häufig, dürfen aber die Geschenke sehr thuer der Beglückten zu stehen kommen. Am Ende wird der Arbeitgeber seinen Beitrag bei der Lohnzahlung auf den Arbeitnehmer abwälzen; und auch der Staat vermag nichts beizutun, als was er vorher durch Steuern sich schwer erworben hat und die Steuern werden wiederum zum bei Weitem überwiegenden Theile von den Arbeitern aufgebracht. Die Tendenz also, den Arbeiter durch Geschenke in eine bessere Lage zu bringen, verfehlt vollkommen ihren Zweck. Dazu kommt Anderes. Der Arbeiter, der ohne Arbeit ist, zahlt keine Prämie; dafür wird seine Rente reduziert. So kann es kommen, daß er mit einem Bruchteil an Unterstützung schlechtlich erhält, und dann doch der Armenpflege zur Last fällt, die man durch Zwang fernhalten wollte. Aber dem Arbeitslosen ist mit dem Erlös der Prämie allein oft gar nicht gedient; ein kleines Capital, über das er freie Verfügung hätte, könnte ihm seiner Not entziehen, statt dessen legt der Staat das Exparte nur für einen Zweck, für das Alter fest und ignoriert alle die anderen zahlreichen Möglichkeiten, mag der Betreffende auch darüber wirtschaftlich zu Grunde gehen. Ein vernünftiges Sparen läßt sich eben nur individuell lösen und eine besonnene Socialpolitik wird daher eines ihrer vornehmen Ziele nicht im Zwange, sondern in der Förderung richtiger wirtschaftlicher Erkenntnis sehen. Der Staat könnte aber sogar gezwungen sein, auf dem einmal eingeschlagenen falschen Pfad noch weiter vorwärts zu schreiten. Es wird dem Arbeiter schließlich nur Rente gewährt, in der Voraussetzung, daß die Rendition zur Verschwendung allzu verbreitet sein könnte. Wie aber, wenn der Rentenempfänger sein Geld in den ersten Tagen aufzehrt, dann fällt er doch der Armenpflege anheim, oder der Staat muß sich dazu versehnen, den Rentner gleichzeitig zwangsweise in Pension zu nehmen. Alle diese Mittel führen nicht zum Ziele. Die Aufgabe des Staates wäre es vielmehr, durch Förderung der wirtschaftlichen Einsicht und durch Förderung des Versicherungswesens das anzustreben, was jetzt erreicht werden soll und was, einmal eingeführt, schwerlich wieder beseitigt werden kann. Gewinnen die vorliegenden Pläne aber Gestalt in der Wirklichkeit, so eröffnen sich traurige Perspektiven für die Zukunft, denn jene Organisationen, die jetzt geschaffen werden sollen, unterscheiden sich vom Staate der Socialisten nur in quantitativer, nicht in qualitativer Hinsicht. Lebhafter Beifall lohnte den Redner.

[Der Geh. Oberjustizrat von Mühlner.] Senatspräsident am Kammergericht, ist am Freitag gestorben. Er war ein jüngerer Bruder des früheren preußischen Cultusministers gleichen Namens. Er wurde Anfangs der 1870er Jahre zum Vicepräsidenten am Kammergericht ernannt und hat als solcher den Vorsitz des Staatsgerichtshofs und den der ersten Abteilung des Strafgerichts inne gehabt. Unter seiner Leitung ist der Hochverratsprozeß gegen Hödel und den Landesverratsprozeß gegen den verstorbenen Grafen Harry von Arnim verhandelt worden. Mit Einführung der neuen Organisation am 1. October 1879 mußte sich Herr von Mühlner mit dem Posten eines Senats-Präsidenten an demselben Gerichtsstand befreien, da für die Gepräsidiententelle bevorzugtere Bewerber vorhanden waren und da er nicht gewonnen war, Berlin zu verlassen. Der Vereinigte genoss den Ruf eines äußerst gewissenhaften Richters und war bei Collegen und Untergebenen sehr beliebt. Er stand im 68. Lebensjahr.

[Bischof Neinkens.] Wie verlautet, wäre in der neuen Preußischen Landtagssession ein Antrag des Centrums auf Streichung der im Etat für den Bischof Neinkens ausgeworfenen Summe zu erwarten. Als die Veranlassung hierzu wird eine jüngst erschienene Schrift des altkatholischen Pfarrers Rieks in Heidelberg genannt, in welcher dargelegt worden ist, daß von den großen Aussichten und Hoffnungen, die der glänzende, von ganz Europa besichtete Münchener Alt-katholiken-Kongress vom Jahre 1872 zu eröffnen schien, sich nur Weniges erfüllt habe und der Alt-katholizismus in stetem Rückgang begriffen sei. So lange das Alt-katholizengesetz vom 4. Juli 1875 in Geltung steht, dürfte ein Antrag auf Streichung der Ausgaben für altkatholische Zwecke die Zustimmung der Staatsregierung nicht finden. Als ein solcher Antrag in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. März 1882 gestellt wurde, erklärte Minister von Gogler sich ganz entschieden gegen denselben, da die altkatholische Gemeinschaft durch das Gesetz eine öffentlich-rechtliche Anerkennung gefunden und ein von ihr in formell gültiger Weise eingerichteter Bischof die Bestätigung des Landesherrn erhalten habe, der Staat also in der Lage gewesen sei, für die altkatholische Gemeinschaft eine Dotationsausweitung zu verhelfen. Bischof Neinkens ist sogar der Ansicht, daß er die Staatsregierung gerichtet zwingen könne, die Dotation zu zahlen, auch wenn die Kammer sie ablehne, weil das Königl. Patent vom 19. September 1873 ausdrücklich den ordentlichen Professor in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität zu Breslau, Dr. Joseph Hubert Neinkens, auf Grund der am 4. Juni d. J. in Köln stattfindenden Bischofswahl und der ihm am 11. August d. J. in Rotterdam durch den Bischof v. Deventer ertheilten Consecration als katholischer Bischof hiermit und in Kraft dieses anzuerkannt hat und auf Grund dieser Anerkennung im Etat des Cultusministeriums die Staatsdotationsausweitung wurde.

[Privatbeleidigungsklagen.] Dass aus den Privatbeleidigungs-klagen in den meisten Fällen nichts weiter herauskommt, als eine Unsumme von Verdrießlichkeiten und Opfern an Zeit und Geld, ist eine Thatache, die von vielen Personen noch immer nicht genügend beachtet wird. Täglich sind die Abteilungen der Schöffengerichte, in denen Privatklagen verhandelt werden, überfüllt, täglich wiederholen die Vorsitzenden derselben mit einer wahren Lammengeduld die Verküche, die Parteien zu einer gütlichen Einigung zu bringen und täglich verlaufen zahlreiche Personen das Gerichtsgebäude mit dem festen Vorhabe, sich nie wieder den Torturen einer Privatklage auszusetzen. Zu tragischer Weise hat jüngst auch ein Berliner Rechtsanwalt das zweischneidige Schwert der Privatklage gegen Menschen lernen müssen. Derjelbe ist daran gewöhnt, von ausgeriegten Prozeßgegnern mit maliziösen Briefen beleidigt zu werden, welche er gleichmäßig in den Papierkorb wirft. Eine Ausnahme macht er mit einem Briefe einer Frau, die ihrem Unmut über ihren Prozeßgegner in so deutlichen Worten Lust gemacht, daß der Rechtsanwalt beschloß, einmal ein Gerümpel zu statuiren, und die Privatklage anstrengte. Damit begann für ihn eine Zeit zahlreicher Opfer an Zeit und Geld. Nachdem der weite Weg zu dem in der Vorstadt wohnenden Schiedsmann zurückgelegt war, war der erste Schritt gethan; die Verklagte war nicht zur Stelle, der Sühnetermine fehlten und die Sache ging nunmehr ihren ordnungsmäßigen Weg. Der

erste Termin wurde aufgehoben, weil die Angeklagte sich rechtzeitig entschuldigt hatte; zum zweiten Termin beauftragte der Kläger den ihm zur Beschäftigung überwiesenen Referendar mit seiner Vertretung, der Gerichtshof erachtete dies für ungültig und stellte das Verfahren auf Kosten des Klägers ein. Der vierte Act spielte vor der Berufungskammer, welche eines Formfehlers wegen die lezte Entscheidung aufhob und die Sache an das Schöffengericht zurückwarf. In dem fünften Termin trat die Angeklagte plötzlich mit der Behauptung hervor, daß ihr die Aufforderung zum Sühnetermine gar nicht zugestellt worden sei; der Kläger berief sich auf das Sühnetermine, der Gerichtshof hielt dies aber nicht für ausreichend, sondern lud zu einem sechsten Termine den betr. Schiedsmann persönlich vor. Dieser hatte die Vorladung in der üblichen Weise durch gewöhnliche Postkarte bewilligt, der Einwand der Angeklagten war nicht zu widerlegen, und der Gerichtshof erkannte abermals auf Einstellung des Verfahrens, indem er dem Kläger die sämtlichen Kosten aufbürde. Letzterer war des Kampfes nun satt und vermehrte die Zahl Derer, welche sich gehoben, nie wieder eine Klage anzustellen. Indessen hat dieser Fall doch Veranlassung gegeben, im Wege der Beschwerde den Justizminister zu ersuchen, eine Änderung in dem Zustellungsverfahren der Schiedsmänner zu veranlassen, sei es durch Benutzung eingeschriebener Briefe, sei es durch direkte Briefbestellung gegen Empfangsbefreiung.

[Der Titel des Prinzen Ferdinand.] Die "Koburger Zeitung" schreibt: "Im Bezug auf die in der Presse mehrfach aufgeworfene Frage der Titulatur des Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg-Gotha sind wir in der Lage, das allerhöchste Handschreiben mitzuteilen, welches Seine Majestät der Kaiser von Österreich im Jahre 1881 an den Vater des Prinzen Ferdinand, den hochseligen Prinzen August von Sachsen-Koburg-Gotha, gerichtet hat. Es lautet:

„Besonders lieber Prinz! Da durch die bevorstehende Vermählung Meines Sohnes, des Kronprinzen Erbherzog Rudolph, mit der Prinzessin Stephanie von Belgien die zwischen Meinem Hause und Euer Lieben bestehenden verwandtschaftlichen Beziehungen sich noch eurer gestalten, habe Ich Mich bewogen gefunden, Ihnen und Ihren Nachkommen aus ebenbürtiger Ehe den Titel „Hoheit“ für den Bereich Meinster Monarchie zu verleihen, und freue Mich, Ihnen hierdurch ein Zeichen Meinster Anerkennung für die Mir und Meinem Hause stets bewiesenen treuen und loyalen Gefährdungen zu geben.

Wien am 2. Mai 1881. Franz Josef m. p.

Prinz Ferdinand von Sachsen-Koburg-Gotha führt also den Titel „Hoheit“. Es sei jedoch bemerkt, daß im Französischen, im Gegensatz zu Deutschland (Altesse sérénissime), Hoheit mit Altesse Royale überzeugt wird.

### D e s s e r r e i c h = U n g a r n .

[Wien, 16. Jan. [Ein Spieler.] Heute stand vor dem Schwurgerichte eine in der Spielerwelt sehr bekannte Persönlichkeit vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft erhebt gegen Samuel Fuchs, 74 Jahre alt, von Meppen in Holland gebürtig, nach Wien zuständig, Privater, wiederholt bestraft, die Anklage, derselbe habe erstens am 13. Mai 1885 bei Gericht, nämlich bei dem Generalconsulat des Deutschen Reiches in London in seiner Rechtsache gegen Prinz Gustav zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg puncto 60 000 Mark einen falschen Eid geschworen, habe sich in derselben Rechtsache bei seinem ehemaligen Buchhalter Sigismund Fürst um falsches Zeugniß beworben und habe drittens in seiner Rechtsache gegen Rosa Schorr in Wien puncto 650 Gulden sich zu einem falschen Eid erboten und hierdurch das Verbrechen des Betruges begangen. Der Begründung der Anklage entnehmen wir: Fuchs belangte im Jahre 1884 den Prinzen Gustav zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg bei dem königlichen Landgerichte in Arnberg auf Zahlung von 60 000 Mark. Da der Vertrag des Klägers, er habe diese Summe dem Gegner baar geliehen, die Einwendung entgegengesetzt wurde, der klägerische Anspruch rührte aus einer Spielschuld her, so legte Fuchs bei dem deutschen Generalconsulat in London die beidete Aussage ab, daß der Beklagte das in einer Schuldurkunde verbriefte Darlehen von 60 000 Mark baar erhalten hatte. Prinz Gustav Sayn-Wittgenstein strengte nun einen neuen Prozeß an, in welchem sich folgender Sachverhalt ergab: Im Februar 1874 kam Samuel Philipp Fuchs nach Köln und hielt dort selbst im Hotel du Nord eine Spielbank, welche auch die Prinzen Karl und Guillaume Wittgenstein an zwei Abenden besuchten. Letzterer verlor am zweiten Abend bei 20 000 Thaler und mußte über die runde Summe von 20 000 Thalern dem Samuel Fuchs einen Wechsel geben. Da dem Schuldner dieser Wechsel zu drückend erschien, so vereinbarten beide, daß derselbe Stelle ein Schuldchein ausge stellt werde, worin diese Schuld als eine Darlehensschuld bezeichnet werde. Bewußt dessen wurde ein Notariatsact in Wien am 30. Januar 1877 über 60 000 Mark, gleich 36 000 Gulden österr. Währung erichtet. Diese Urkunde war nach der Behauptung des Beklagten das Substrat für die eingangs erwähnte Klage. In dem Erkenntnis des Landgerichts Arnberg wurde insbesonders Gewicht

## Bom jüngsten Deutschland

Zur Klinger-Ausstellung im Museum.

Seit Jacob Asmus Carstens und Berthel Thorwaldsen ist es den Göttern und Göttern Griechenlands, den Helden und Heldeninnen der antiken Welt in der deutschen Kunst nicht mehr gut gegangen. Zwei beiden Künstler und außer ihnen Cornelius erwecken die Welt Homers noch einmal zu vorübergehender Herrlichkeit — dann aber verschwindet der Olymp mehr und mehr aus dem Gesichtskreis unserer Maler und Bildhauer. Die Romantik führte die Kunst in das christliche Mittelalter; und als auch diese Periode überstanden war, forderte die Gegenwart ihr Recht. Den Künstlern gingen die Augen auf für die Welt, von der sie umgeben waren; und da sie nun das Naheliegende genauer betrachteten, da befanden sie sich, anfänglich noch unbewußt, später mit vollem Bewußtsein, auf dem Wege zum Realismus. Heute ist der Realismus die allgemeine Lösung. Die Wahrheit über Alles! Die Schönheit steht in zweiter, in dritter Linie, wenn man sie überhaupt noch duldet. Denn nicht nur darin besteht der Realismus, daß man die Dinge so malt wie sind; nein, die Doctrin verlangt es, daß man vorzugsweise das Häppliche für den geeigneten Stoff der Darstellung hält, das Häppliche am Individuum, an der Gesellschaft, am ganzen Dasein. Die Erde ist ein Jammerthal, der Mensch ist das elendste unter allen Geschöpfen; unter dem Dache seiner Tage schleppt er sich mühsam bis ans Ende hin; die Sonne lächelt nicht mehr auf uns nieder, wie einst die Sonne Homers gelächelt hat, sie scheint nur noch, um unser Elend möglichst grell zu beleuchten. Unsere Heldenmaler verschwinden das Licht, nicht um eine göttliche Heiterkeit über ihre Gestalten auszugießen, sondern um uns die Mangelhaftigkeit aller Erdischen um so deutlicher zu demonstrieren. Künstler sucht die Wirkung dieser Art Kunst an, wenn er, was man beinahe glauben möchte, eine mythologische Travestie hat malen wollen, hat er ein Etwas geschaffen, über das man nur die Achseln zucken kann. Viel ist über das „Urtheil des Paris“ gewischt worden, und es soll nicht geleugnet werden, daß das Bild zur Satire förmlich herausfordert, aber im Grunde malt doch Niemand ein Bild, damit Witblätter und Witze sich daran reiben können. Für uns hat die Sache, offen gestanden, eine sehr ernste Seite. Wenn als piece de résistance einer großen Ausstellung ein Gemälde figurirt, das einer der entzücklichsten künstlerischen Frühstücke ist, auf die man stoßen kann, so muß man sich fragen: wie soll unser Publikum zu künstlerischer Einsicht erogen werden? Wie soll sein Geschmack gebildet, veredelt werden? Alles, was je von der hohen Aufgabe der Kunst, die Herzen der Menge zu erheben, gesprochen und geschrieben ist, das erscheint als das müßige Geschwätz armer Tröpfe angesichts eines Bildes wie dieses! Versuche man nicht, im vorliegenden Falle das Werk durch den Künstler zu entschuldigen! Sage man nicht „Er ist nun

land“ in der Malerei zu thun? Sind sie nicht für unsere modernsten Helden der Palette tot, begraben, verschollen? Was sollen die Reminiszenzen an eine untergegangene Welt in einer Betrachtung über den Naturalismus? Nun, Niemand ist Schuld daran, wenn einer der bedeutendsten Vertreter der neudeutschen Schule den Einfall hatte, Gestalten der griechischen Heldenage in Form und Farbe zu kleiden (auß jedwedre andere Kleidung haben sie fast ganz verzichten müssen). Niemand, als der Künstler, den es gelüstete, das „Urtheil des Paris“ für die jüngste akademische Kunstaustellung in Berlin zu malen. Ihm, dem Urheber dieses Bildes, fällt die volle Verantwortlichkeit dafür zu, daß man seines Versuches, antike Mythologie mit den Kunstschauspielungen des „jüngsten Deutschland“ vereinigen zu wollen, nur spottet. Max Klinger, der Autor desjenigen Gemäldes, das bei der letzten Ausstellung am meisten von sich reden machte, ist unfehlig eine der originellsten Künstlerindividualitäten, die die Berliner Schule aufweist. Seine zuweilen barocken Ideen sind doch immer Kinder einer Phantasie von jener Eigenart, wie man sie unter den jüngeren Künstlern um so seltener findet, als Phantasie reichtum überhaupt nicht zu deren starken Seiten gehört. Aber alle staunende Bewunderung, die man diesem sonderbaren Talente gezollt hat, meistens freilich unter Kopfschütteln, wird hinfällig vor seinem „Urtheil des Paris“. Hier muß man erst von Neuem einsehen, um unbehelligt von aller Voreingenommenheit für oder gegen den Künstler zu der Erkenntnis zu gelangen, daß Klinger durch dieses Bild in flagranter Weise die Unfähigkeit unserer neuesten Kunst dargethan hat, Stoffe zu verarbeiten, die an unser künstlerisches Schönheitsgefühl appellieren. In dieser Hinsicht kommt „Das Urtheil des Paris“ nicht als das einzelne Werk eines einzelnen Künstlers in Betracht, — es ist vielleicht typisch für das künstlerische Vermögen oder Unvermögen Aller, die es mit den neuen Theorien halten. Die Schönheit, die sie brüsten, rächt sich, indem sie sich der Darstellung durch ihre erklären Gegner entzieht. Sie hält nur denen Stand, die sich ihr mit Begeisterung nähern. Es scheint, als habe sie unser Künstler in seinem „Urtheil des Paris“ zum Besten haben wollen — und das ist ihm ganz und gar nicht bekommen. Selbst wenn er, was man beinahe glauben möchte, eine mythologische Travestie hat malen wollen, hat er ein Etwas geschaffen, über das man nur die Achseln zucken kann. Viel ist über das „Urtheil des Paris“ gewischt worden, und es soll nicht geleugnet werden, daß das Bild zur Satire förmlich herausfordert, aber im Grunde malt doch Niemand ein Bild, damit Witblätter und Witze sich daran reiben können. Für uns hat die Sache, offen gestanden, eine sehr ernste Seite. Wenn als piece de résistance einer großen Ausstellung ein Gemälde figurirt, das einer der entzücklichsten künstlerischen Frühstücke ist, auf die man stoßen kann, so muß man sich fragen: wie soll unser Publikum zu künstlerischer Einsicht erogen werden? Wie soll sein Geschmack gebildet, veredelt werden? Alles, was je von der hohen Auf

gelegt auf die Aussage des Beugen Prinzen Karl Wittgenstein, welcher schon damals, sowie jetzt, in dieser Strafsache bestätigte, daß er vor dem Spiel dem Samuel Fuchs über dessen Frage, wie viel er dem Prinzen Gustav creditiren könne, als höchste Summe 1000 Thaler bezeichnete, und daß ihm sofort nach dem Spiel der Letztere mittheilte, er habe per 20.000 Thaler verloren und über diese ganze Summe einen Verlust ausstellen müssen. Es wurde auch hervorgehoben, daß nach der ungünstigen Verhandlungslage des Schönenzirks die Behauptung des Samuel Fuchs, er habe die Zuschüsse von jenem schon bezahlt erhalten, in hohem Grade unwahrscheinlich klingt, daß aus demselben Grunde gleich unwahrscheinlich ist, daß Samuel Fuchs lediglich auf die in der Notaratsurkunde eingegangenen Verpflichtungen hin ohne reelle Sicherheit dem Beklagten eine so hohe Darlehenssumme gegeben hätte, daß Samuel Fuchs als gefährlicher Glücksspieler der gefährlichsten Sorte schon wiederholt bestraft wurde und daß er die Gewohnheit hatte, sich über Spielzulden von den Verlierenden Schuldscheine ausstellen zu lassen. In Ergänzung dieser Beweismomente legte nun Prinz Gustav Wittgenstein den Eid im Sinne der Königlichen Gesetze ab und damit erschien Samuel Fuchs schäflich. Derselbe wollte es bei dem abweisenden Erkenntnis des Landgerichtes Arnswalde nicht bewenden lassen und von der Ansicht ausging, daß er den Prozeß noch gewinnen könnte, wenn es ihm gelänge, einen Zeugen zu führen, der die Zugeständnung des Darlehns bestätigt, suchte er nach einem solchen Zeugen. Er fand ihn in der Person seines ehemaligen Buchhalters Sigmund Fürst. Im Herbst 1886 ließ er zunächst durch Dr. Winter an Sigmund Fürst die schriftliche Anfrage richten, ob er sich an das fragliche Factum zu erinnern wisse. Die Antwort fiel negativ aus. Trotzdem wendete sich nun Samuel Fuchs an Rosa Schorr mit dem Ersuchen, sie möge dem Sigmund Fürst schreiben, er bekomme 5000 Mark Belohnung, wenn er sich dazu entschließe, in dem Prozeß gegen Prinz Gustav Wittgenstein als Zeuge zu bestätigen, daß er, Fürst, die 60.000 Mark zu Lasset des Vorgenannten verbucht habe. Fürst möge nach Wien kommen, um sich mit ihm diesfalls zu beschreiten. Dies geschah, Fürst war dazu bereit, allein Fuchs konnte von demselben keinen Gebrauch mehr machen, da er einerseits die Prozeßauktion von 1500 Mark nicht erlegen konnte, und da andererseits inzwischen Prinz Gustav Wittgenstein den ihm auferlegten Eid abgelegt hatte. Die Geschworenen sprachen Fuchs frei.

### Frankreich.

Paris, 15. Januar. [Der zweite Empfangs-Abend im Elysée] war ebenso elegant, wie der erste, Frau Carnot hatte eine neue geschmackvolle Robe, diesmal weiß, Brocat und Atlas mit Perlensatz, vor ihren Gästen entfaltet, die sich ebenfalls für verständigt hielten, ihrem Beispiel nachzutun, und gestern war großes Diner mit Soirée im Ministerium des Neuhebers. Das diplomatische Corps erschien vollzählig, die Herren mit allen ihren Decorationen, die Damen in reichen Toiletten, und wurden von Herrn Flourens und seiner Gemahlin mit ausnehmender Liebenswürdigkeit empfangen. Man bemerkte sogar, daß Frau Flourens Neverenzen zu machen versteht, als hätte sie diese Kunst am Hofe Ludwig XIV. gelernt, während andere Damen der republikanischen Welt hierin zu wünschen lassen. Übermorgen öffnen Lord und Lady Lytton die prachtvollen Empfangssäle der englischen Botschaft im Faubourg Saint-Honoré. Das Hotel, über dessen Thor der britische Leoparde prangt, wurde von Napoleon I. seiner Lieblingschwester Pauline, späteren Fürstin Borghese, geschenkt und trägt in seiner ganzen Einrichtung den Stempel des ersten Kaiserreichs. Seine neuen Inhaben haben aber seine Ausschmückung ganz erneuert und dazu die indischen Kunstsäcke und Sehenswürdigkeiten verwendet, welche Lord Lytton vom Ganges heimbrachte.

Paris, 15. Jan. [Der Budgetausschuß] bericht gestern über den Entwurf des Finanzministers Tirard, betreffend eine abnormale Aenderung der Zuckersteuer im Interesse des Fiscus, welcher Ribot mit ebenso großer Entschiedenheit entgegnet. Er führte aus, daß Landwirthschaft und Zuckerfabrikanten sich nach dem Gesetz von 1884, welches das Erträgnis von 100 Kilogramm Runkelrüben auf 6,25 Kilogramm versteuerten, Zucker ansahen, große Opfer auferlegen, um mehr und besser zu produzieren, und daß dies ihnen gelang. 1887 wurde eine Erhöhung der Konsumsteuer um 10 Francs per 100 Kilogramm eingeführt und das Verhältnis von 6,25 Kilogramm auf 7 Kilogramm gebracht. In der letzten Campagne erreichte aber das Erträgnis 9,75 Kilogramm Zucker von 100 Kilogramm Runkelrüben, und daraus erwächst der Zuckerindustrie ein Nutzen von 71 Millionen, was den Finanzminister Tirard zu den Vorstellungen bewog, welche nach seiner Berechnung dem Fiscus 11 Millionen für 1888 und 14 Millionen mehr für spätere Jahrgänge einzutragen sollten.

Durch und in den höchsten Etagen hat etwas Deprimirendes; wir ahnen die Größe der Armut, die hinter diesen Mauern wohnt. Und dazu die Rohheit der Empfindung bei den gegen alle Unbill des Lebens Abgestumpften, deren letzter Trost die Brantwiesfläche ist. Wir sehen einen dieser Heraufgetretenen vor uns, dort auf dem der obersten Etage eines Hauses nach dem Hause zu vorgebauten Laufsteg. In die Ecke, die das vorspringende Nachbarhaus mit demjenigen bildet, in welchem unser Held aus dem „vierten Stande“ wohnt, hat sich das zitternde Weib des Würtherichs geflüchtet, der mit drohenden Geberden auf die Unglückliche losgeht. Ein Glück, daß zwei Frauen der Nachbarschaft zur Hand sind, — man wohnt ja so eng beisammen dort oben im fünften Stock — um den Todenden zurückzuhalten. Eine Mutter ist das unglückselige Weib, das da in Todesangst vor den Wuthausbrüchen des betrunkenen Mannes um Mitleid fleht! Wie wird es drinnen in der Stube aussehen, wo die Kinder ängstlich zusammenkauern vor dem schrecklichen Vater. Ein Nachstück aus dem Leben der Großstadt, wie es packend nicht geschildert werden kann! Oder man betrachte den Cyclus „Eine Liebe“. Die Geschichte eines Herzengründnisses von seinem ersten Stadium bis zu der schrillen Disonanz, mit der es abschließt! Hier das sehnsuchtsvolle Erwarten des Geliebten, der erste glühende Kuß auf die Hand — schließlich, auf dem siebenten Bilde — die unheimliche Gestalt des Todes an dem Sterbelager der jungen Mutter. Eine Brutalität der Wahrheit treitt uns aus diesem Bilde entgegen, die uns mehr als peinlich berührt. Es grinst uns an wie kalter schneidend Hohn. Wozu glauben wir noch an ein Glück, das uns das Leben gewähren könnte? Wir sind nichts, als bedauernswerte Geschöpfe, mit denen das Schicksal nach Laune und Gutdanken spielt. Das ist der Inhalt dieser Bilder! Das sollen die Tröstungen sein, die wir aus der Hand der Kunst zu empfangen gedenken... Und dennoch sind dieindrücke, die wir mit uns nehmen, nicht unfruchtbare für die Welt unserer Empfindung. Diese Bilder wirken durch ihren Pessimismus ähnlich wie in der Optik die Farbe. Haben wir so lange auf grün gesehen, daß unser Auge schmerzt, und blicken wir dann weg so sehen wir alles im rosigen Lichte; die Complementärfarbe macht ihre Rechte auf unser Sehorgan geltend. So verhält sich die Seele dem finsternen Pessimismus gegenüber, der sie in jenen Klinger'schen Bildern schmerlich bewegt. Sind wir aus ihrem Bannkreise herausgetreten, so gewinnen wir erst die rechte Freude am Dasein. Aus der Beklemmung wird ein freies Aufatmen. Gott sei Dank, sagen wir, daß es doch in der Welt nicht überall so jammervoll ist, wie uns der Künstler glauben machen will. Es sind doch nicht alle Menschen wütste Trunkenbolde, und es endigt doch nicht jede Herzengeschichte mit einer erschütternden Katastrophe. Und der Pessimismus, zu dem uns der Künstler hat zwingen wollen, wird durch die complementäre Stimmung verdrängt: wir blicken das Leben guten Muths von der besseren Seite an. Auf diese Weise macht sich uns die Kunst des „jüngsten Deutschland“ nützlich! Ein merkwürdiges Verfahren, das sie einschlägt! Wenn man nicht wüßte, daß es den Künstlern der jüngsten Generation ernst ist mit ihrem Schaffen, man könnte, beim seligen Zeus, Alles für Ironie halten!

Karl Vollrath.

Herr Ribot betonte dagegen, daß ein solches Gesetz Verwirrung in den Geschäften erzeugen würde, da einerseits schon 25 Millionen Kilogramm steuerfreier Zucker vor dem 31. Dezember 1887 in den Verkehr gebracht und andererseits zahlreiche Verträge auf Grund der bisherigen Gesetzgebung abgeschlossen worden wären. Gegner und Parteigänger der Tirard'schen Vorschläge fanden endlich überein, daß eine Anwendung der geplanten Reform für die Zuckerproduktion 1887/88 nicht statthaft wäre und erst mit dem 1. September 1. J. in Kraft treten könnte. Herr Tirard, welcher gegen den Schluß der Beratung sich im Schluß der Commission einstimmte, vertheidigte nochmals seine Gründe, gab aber zu, daß es überflüssig wäre, sogleich über das Gesetz zu verhandeln, wenn es erst im September zur Anwendung gelangen sollte.

### Großbritannien.

London, 15. Januar. [Vermischtes.] Ein Theil des Geldes, welches die Frauen Englands vorigen Sommer der Königin als Jubiläumsgefechen überreichten, wird, dem Wunsche der Königin gemäß, zu der Herabstellung und dem Unterhalte der Armen-Krankenpflegerinnen verwendet werden. In Übereinstimmung damit steht ein Plan, dessen Verwirklichung heute näher zu sein scheint, nachdem vier hervorragende City-Firmen sich verpflichtet haben, das nötige Gründungskapital von 20.000 £ zu stellen. Demgemäß wird den Krankenpflegerinnen, die einen jährlichen Beitrag in die National-Pensionskasse zahlen, in Krankheitsfällen eine gewisse wöchentliche Unterstützung zugesichert und im Alter von 60 Jahren bei Arbeitsunfähigkeit ein jährliches Ruhegehalt ausgesetzt. — Es scheint endlich, als ob man dem Mörder des vor kurzem vermissten und in Boulogne als Leiche aufgefundenen Journalisten McNeill auf der Spur sei. Ein Mann Namens Bermersch, der auf den Verdacht des Mordes hin verhaftet worden war, bisher aber hartnäckig jede Bekanntschaft mit McNeill ableugnete und vorgab, der englischen Sprache nicht mächtig zu sein, gab gestern zu, daß er an dem Tage, an welchem der Crimordet zum letzten Mal gesehen wurde, mit demselben ein Boulogner Café besucht habe, bestand jedoch darauf, daßselbe gegen 10 Uhr Abends verlassen zu haben und in entgegengesetzter Richtung fortgegangen zu sein, nachdem er beim Verlassen des Cafés sich von McNeill verabschiedet habe. Bermersch widerrief alle vorher gemachten Aussagen und gab zu, daß er Englisch spreche. Der Verhandlung wird in England mit großer Spannung gefolgt.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 17. Januar.

Aus Glogau schreibt man uns unter dem 16. Januar:

Bei der abgehaltenen ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten-Vergnügung handelte es sich darum, den seit 8 Jahren als Vorsteher fungirenden Rentier L. Jordan, welcher zum 1. April nach Berlin verzicht, entweder noch auf kurze Zeit wiederzuhaben, oder ihn sofort durch ein anderes Mitglied zu ersetzen. Für die erste Eventualität hätte die Gewagung sprechen können, daß man dem bisherigen langjährigen Vorsteher durch seine Wiederwahl einen Beweis der Anerkennung und des Dantes würde geben haben. Da aber Herr Jordan der Führer der freisinnigen Partei in Glogau ist, so hoffte man auf gegnerischer Seite, ihn durch einen Cartellisten erziegen zu können. Bei dieser Sachlage verzichtete natürlich Herr Jordan auf eine Wiederwahl, damit sein bisheriger Stellvertreter Herr Banquier J. Landsberger zum Vorsteher und Herr Fabrikbeamter Hoffmeister zu dessen Stellvertreter gewählt würden. Dies geschah; beide Herren gehören der freisinnigen Partei an. Die Herren Cartellisten brachten es bei der ersten Wahl nur auf 9 unter 28, und bei der zweiten Wahl auf 12 unter 28 Stimmen. Glogau bleibt eben eine freisinnige Stadt; auch will der Antisemitismus hier ebenso wenig gediehen, wie der Cartellismus!

In der Schöffengerichtssitzung zu Kattowitz am 13. d. M. wurde unter Anderem auch gegen die Händler und Glaser Joseph und Mathilde Federmann'schen Geschäfte zu Kattowitz verhandelt. Der Cheffmann war des versuchten, die Chefrau des vollendeten Betruges und der Beleidigung eines Eisenbahnamen beschuldigt. Die Beweisaufnahme fiel zu Ungunsten der Angeklagten aus. Es wurde durch dieselbe, wie dem „Oberstiles. Anz.“ aus Kattowitz geschrieben wird, festgestellt, daß Kinder, welche bereits das 10. Lebensjahr überschritten hatten, als jünger bezeichnet und für dieselben Eisenbahnfahrtkarten zu ermäßigterem Preise gekauft worden waren, wodurch der Eisenbahn-Fiscus in seiner Einnahme geschädigt worden ist. Nächster hatte die angeklagte Chefrau dem expedienten Eisenbahnamen auf dessen Nachfrage nach dem Alter des Mädchens geantwortet: „Zeige ihm doch Deine Zähne.“ Der angeklagte Cheffmann wurde zu einer Geldstrafe von 10, die angeklagte Chefrau zu einer solchen von 20 M. verurtheilt. Die Vertheidigung führte aus, daß es „allgemeiner Brauch“ sei, auf der Eisenbahn „Kinder durchzumuggeln“. Beide dürfte die Vertheidigung mit dieser Behauptung nicht Unrecht haben.

\* Herr Oberlandesgerichtspräsident v. Knurowski ist in dienstlichen Angelegenheiten am Dienstag nach Kattowitz gereist.

\* Verein für Geschichte der bildenden Künste. Donnerstag, den 19. Januar, Abends 7 Uhr, findet in der alten Börse eine Sitzung statt, in welcher Oberlehrer Dr. Pölzer über „Meister Stephan Lochner und das Kölner Dombild“ sprechen wird.

\* Beteiligung des schlesischen Vereins zur Förderung der Culturtechnik an der Ausstellung in Breslau. Der schlesische Verein zur Förderung der Culturtechnik befürchtet, die Produzenten von Weiden- und Weidenfabrikaten, sowie von Klee- und Grasfärmericen und die Fabrikanten von Vorrichtungen und Geräthen zur Be- und Entwässerung, welche wünschen, ihre Erzeugnisse resp. Fabrikate auf der von der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft für die Tage vom 7. bis 11. Juni d. J. zu Breslau abzuhaltenden landwirtschaftlichen Ausstellung zur Schau zu bringen, zur Veranstellung einer Gefüllt-Ausstellung zu vereinigen. Nach Maßgabe der Ausstellungs-Ordnung werden unter folgender Eintheilung zugelassen: Von Erzeugnissen der Weidenkultur: die Weide als Pflanze und zwar die Weidenarten und deren Bastarde; Wurzel und Krone, verschiedenartige Entwicklung derselben in verschiedenen Bodenarten und bei verschiedener Behandlung der Pflanzen. Weide, Holz und Markt, Blätter und Blüthen, die Wirkung verschiedener Düngemittel; die Weide als Erzeugnis in rohem und bearbeitetem Zustande; die Bekämpfung der Feinde der Culturweiden unter den Insecten; Lehrmittel; für diese Abteilungen sind an Preisen ausgezettet: 3 Goldpreise zu je 100 M. und 4 zu je 50 M., 7 silberne und 5 bronzen Preismünzen. Außer Preisbewerbung können Geräthe und Maschinen zur Bearbeitung der Pflanzungen und zur Gewinnung von Marktware, sowie Erzeugnisse der Weidenverarbeitung ausgestellt werden. Vorrichtungen und Geräthe zur Be- und Entwässerung werden unter Beobachtung folgender Eintheilung zugelassen: Erdbohrer zur Untersuchung von Untergrund und Tiefenlöchern, Wiesenbohrer (Wiesenbeile, Stechspaten, Schaufelkörbe, Rutenhobel), Drainageräthe, Drainageauslaufverschlüsse, Verschlüsse für den Wiesenbau, Schleusen oder Schleusenmodelle, Schleusen oder Schleusenmodelle für Wiesenentwässerungsanlagen in Haufstein, Cement und Eisen (für diese Abteilung sind als Preise ausgezettet: 7 silberne und 8 bronzen Preismünzen). Für die Abtheilung, in welcher neben anderen Bodenprodukten Klee- und Grasfärmericen zur Ausstellung gelangen, sind, und zwar besonders zur Prämiirung der von Vereinen zur Schau gebrachten Samenarten 4 silberne und 8 bronzen Preismünzen ausgestellt. Anmeldungen zur Beteiligung an der Collectiv-Ausstellung müssen bis zum 15. Februar d. J. bei dem Vereinsgeschäftsführer, Oberamtmann Wynneken, Breslau, Trebnitzerstraße 20, bewirkt sein.

M. vom wissenschaftlichen Verein. In der Sitzung des wissenschaftlichen Vereins am 13. Januar sprach Herr Professor Dr. Oskar Erdmann über Lessings Wirksamkeit in Breslau (1760—65). In der an den Vortrag sich anknüpfenden Besprechung erregte Herr Professor Dr. Markgraf die besondere Theilnahme der Anwesenden durch Vorzeigung zweier wohlgelungener Facsimiles von Lessing'schen Autographen, welche die hiesige Stadtbibliothek besitzt. Das erste (10. December 1763 geschrieben) ist ein Schrift um Darleihung einiger Handschriften aus der Bibliothek der Kirche zu St. Elisabeth, das zweite ein Abschiedsgruß, den Lessing am 30. April 1765 dem würdigen Rector des Gymnasiums zu St. Elisabeth, Arletius, in sein Stammbuch geschrieben. Dieses Blatt bietet einen sicheren Anhalt für die Datirung der Autographen Lessings von Breslau, welches er nicht wieder gesehen hat.

= In dem Reglement für die schlesischen Provinzial-Irenanstalten hatte der letzte Provinzial-Landtag, wie wir seiner Zeit berichteten, einen Nachtrag beschlossen, welcher nunmehr die vorgeschriebene Genehmigung der Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten erhalten hat. Darnach ist jetzt auch die Unterbringung Geisteskranker in Familienpflege außerhalb einer Provinzial-Irenanstalt jedoch unter Leitung und Kontrolle der vom Provinzial-Ausschuß hierzu bestimmten Provinzial-Irenanstalt's-Verwaltung zugelassen, wobei die Vorschriften des § 10 des Reglements vom 20. März 1877 über die Behandlung der Kranken auch auf die in Familienpflege unterzubringenden Geisteskranken zu Anwendung zu bringen sind. — Ferner kann die Aufnahme von Privatkranke ohne räumliche und ökonomische Trennung auch bei den Provinzial-Irenanstalten in Plagwitz, Brieg und Böbnitz nunmehr stattfinden. Ob und unter welchen Voraussetzungen dies bei jeder einzelnen dieser Anstalten zu geschehen hat, bestimmt der Provinzial-Ausschuß.

= Gebühren für Abnahme von Neubauern. Die polizeiliche Prüfung der Baugenehmigungs-Gesuche erfolgt ebenso wie die polizeiliche Abnahme der Neubauten nicht im Interesse der betreffenden Unternehmer, sondern im öffentlichen Interesse. Die Erhebung von Gebühren dafür fand nach einem neuem Erlaß der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten mit Rücksicht auf die Vorschriften im § 17 der Sportel-Verordnung vom 25. April 1825 nur dann als statthaft erachtet werden, wenn die Erhebung bereits vor dem Erlaß dieses Gesetzes stattgefunden hat.

H. Der Verein Breslauer evangelischer Lehrer feierte am vergangenen Sonnabend unter reger Beteiligung seiner Mitglieder im Saale der Loge Horus sein 66. Stiftungsfest. Er hatte die Freude, die Herren Stadtschulrat Dr. Pfundner und Stadtholzinspektor Dr. Kriebel als Gäste begrüßen zu können. Die lange Reihe der Topte eröffnete Dr. Pfundner mit einem warm empfundenen Trinkspruch auf Se. Majestät den Kaiser, an denselben die besten Wünsche für die Wiedergabeung Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit des Kronprinzen trug. Gesangs- und Claviervorträge verschönerten das Mahl und zahlreiche humoristische Vorführungen hielten die Teilnehmer bis weit über Mitternacht in heiterster Stimmung vereinigt.

-d. Bezirkverein der Ohlauer Vorstadt. Unter dem Vorz. des Kaufmanns und Stadtvorordneten Weinhold wurde am 16. d. M. die Generalveranstaltung in Friedrich's Etablissement abgehalten. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Mitglieder bis auf 1 wieder- und Armendir. Längert neu gewählt. Nach dem von Herrn Springer erstatteten Kassenbericht betrug die Einnahme des Vereins im vergangenen Jahre 882 M. 91 Pf., die Ausgabe 728 M. 45 Pf. Die Mitgliederzahl ist von 398 im Vorjahr auf 557 gestiegen. Den Kassenbericht über die vom Verein veranstaltete Weihnachtsfeier gab Maurermeister Härtel. Danach betrug die Einnahme 4656 M. 62 Pf., die Ausgabe 4608 Mark 6 Pf. Nachdem vom Schriftführer Lehrer Staché erstatteter Jahresbericht haben 11 Vorstandssitzungen und 6 Vereinsveranstaltungen stattgefunden. Außerdem hat der Verein die Rieselfelder und das Wasserbecken sehr beachtigt, das Stiftungsfest gefeiert und einen Sommerrausflug unternommen. Was die Wohltätigkeitsbestrebungen des Vereins anlangt, so ist außer der reichen Weihnachtsfeier zu erwägen, daß der Verein 2 mal 30 M. zur Beschaffung warmer Frühstücke für arme Schulkinder, 50 M. dem Comité für Kinder-Ferien-Colonien und 20 M. dem Vereine zur Heilung kranker Kinder in ländlichen Heilstätten gewährt hat. Wie der Vorsteher im Weiteren mittheilt, steht die Regulirung der Margaretenstraße bevor, nachdem der Magistrat mit dem Kunstschriftlehrer K. im bel eine Vereinbarung getroffen. Auf ein Gehuch des Vereins, betreffend die Pfasterung bezw. Ausbesserung mehrerer Straßen in der Ohlauer Vorstadt, erwidert der Magistrat in einem Schreiben, daß vor der Hand eine Neupflasterung jener Straßenreden wegen Mangels an Mitteln nicht erfolgen könne, jedoch nach Aufnahme der Miete eine Verbesserung der Hauptverkehrsstraßen in Aussicht genommen sei. In der Paradiesstraße werde es daher zunächst auch nur möglich sein, die im Frühjahr notwendigsten Reparaturen am Pfaster vorzunehmen. Eine Anfrage, ob es sich nicht empfehle, daß der Verein im Anschluß an eine Petition der Anwohner der Ohlauer Chaussee bei der Direction der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft um die Verlängerung der Linie Klosterstraße bis an das Weichbild der Stadt vorstellig werde, wurde dem Vorstande zu weiteren Erwägung überwiesen.

p. Breslauer landwirtschaftlicher Verein. Am Dienstag, 24. Januar, Vormittags 11 Uhr, hält der Breslauer landwirtschaftliche Verein im Saale der Hansen'schen Weinhandlung seine Jahres-Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1) Vortrag der Eingänge, geschäftliche Mittheilungen, Aufnahme von neuen Mitgliedern. 2) Erstattung des Jahresberichts. 3) Rechnungslegung über die Vereinskasse pro 1887 und Jahresfeststellung (Referent der erste Kassen-Curator), Wahl zweier Rechnungs-Revisoren (bisher fungirten als solche die Herren Regierungsrath Frank und Rittergutsbesitzer Lewald-Silmann). 4) Wahlen. 5) Über die Bedingungen der Ausstellungsortordnung für Thiere auf der seiten der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft verantworteten 2. Wande-Ausstellung zu Breslau (Referent Dr. Grämpe). Im Anschluß hieran: Bechlußfassung über Bewilligung von Preisen für die genannte Ausstellung und über die Bezeichnung von Garantiechein. 6) Über Schleuderentzähmung mit Dampf- und Handbetrieb (Referent Dr. Klein-Proksch). Zu Verbindung mit dem Vortrag werden Demonstrationen mit 2 von Herrn Civil-Ingenieur Legius gestellte Handapparaturen von der Fabrik stattfinden. 7) Erledigung des Fragefests. — Nachdem in der General-Versammlung des Vereins vom 20. December vorigen Jahres beschlossen worden ist, dem Bezug von Bucht-Stutzen beziehungsweise Stut-Höhlen durch Vermittelung des Vereins näher zu treten, erfuhr der Vorstand die Mitglieder, ihre Bestellungen unter bestimmter Angabe der gewünschten Rasse (Clubbedarfe, Belgier, Dänen, Ostpreußen) an den Vorständen, Königlichen Landeskönigreichs Korn, Breslau, Matthiasplatz 6, bis spätestens zum 10. Februar zu richten. Es sollen ausdrücklich Stutzen und Stut-Höhlen bezogen werden. Die Bestellungen gelten nur als vorläufige, sie binden den Auftraggeber nicht, sondern haben nur den Zweck, das Bedürfnis des geplanten Bezugs annähernd festzustellen.

p. Schlesischer Schafzüchter-Verein. Am Montag, 16. d. Vorzeitmittags 11 Uhr, fand im Hotel de Silie eine Versammlung der Mitglieder des Schlesischen Schafzüchter-Vereins statt. Der Vorständen des Vereins, Graf von der Schulenburg-Triebisch, eröffnete die Sitzung mit einem Bericht über die in letzter Zeit erfolgte Reorganisation des Vereins. Der Vorständen, Graf von der Schulenburg-Triebisch, erklärte, eine Wieder

**-d. Gesuch um Erweiterung des Straßenbahnhofes.** Die Auszähler der Ohlauer Chaussee haben sich in einem mit 224 Unterschriften versehenen Gesuch an die Direktion der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft gewandt, dieselbe möge die Linie Klosterstraße bis zum Weichbild der Stadt, mithin bis zu den Kirchhöfen von St. Bernhard und Maria-Magdalena fortsetzen. Dieselben betothen in ihrem Gesuch, daß die Anlage mehrerer Fabriken und der Bau von Wohnhäusern an der Ohlauer Chaussee in den letzten Jahren, sowie der Verkehr mit den Dörfern Dürrgon, Brockau, Klein- und Groß-Lischansch eine lohnende Frequenz erwarten lasse. Den die Stadtchulen besuchenden Kindern, sowie den Friedhofsbewohnern würde ferner die verlängerte Bahn eine große Annehmlichkeit bieten. Auch sei die Anlage eines neuen Friedhofes für die Gemeinde von St. Bernhard vor dem Ohlauer Thore zu erwarten.

**-ß-** Die Goethestraße, eine der neu angelegten Seitenstraßen der Kaiser-Wilhelmstraße, zwischen den Nummern 87 und 89 dieser Straße gelegen, ist bereits mit Pflasterung versehen und nach der Kaiser-Wilhelmstraße durch vollendeten Aufbau der beiden Eckhäuser architektonisch festgestellt. An diesen Eckhäusern, welche die Nummern Goethestraße 1 und 2 resp. Kaiser-Wilhelmstraße 87 und 89 tragen, sind auch schon die üblichen Straßennamens-Schilder von blauer Farbe mit weißer Schrift angebracht. Eine weitere Bezeichnung der Grundstücke der westlich in den noch unbauten Theil der Kronprinzenstraße ausmündenden Goethestraße ist noch nicht erfolgt.

**ß Statistisches über die Bauthätigkeit im Jahre 1887.** Im vergangenen Jahre sind der Hochbauinspektion für Baupolizeizichen 1199 Bauprojekte — gegen 1082 im Jahre 1886 — zur Erlangung der baupolizeilichen Genehmigung vorgelegt worden. Unter denselben befanden sich: A. Neubauten: 235 Baudenkmäler gegen 197 im Jahre 1886, 27 Seitenhäuser gegen 38 im Jahre 1886, 39 Stallungen gegen 40 im Jahre 1886, 126 Remisen und Schuppen gegen 107 im Jahre 1886, 32 Werkstätten gegen 25 im Jahre 1886, 46 Tanz- und Restaurationslocalen sowie Colonnaden gegen 34 im Jahre 1886, 19 Brauereien, Brennereien und Eiskeller gegen 18 im Jahre 1886, 28 Comptoirbuden gegen 45 im Jahre 1886, 39 Bäume und Thore gegen 50 im Jahre 1886. — B. Veränderungen und Einrichtungen: 346 bei Wohnhäusern gegen 297 im Jahre 1886, 33 bei Stallungen und Remisen gegen 17 im Jahre 1886, 12 bei Schneide-, Schlosser- und Klempner-Werkstätten gegen 18 im Jahre 1886, 11 bei Tischlereien und Böttchereien gegen 18 im Jahre 1886, 12 bei Bäckereien gegen 10 im Jahre 1886, 46 bei Fleischereien und Wurstfabriken gegen 26 im Jahre 1886, 75 bei Ladenthüren und Schaufenstern gegen 58 im Jahre 1886, 24 bei Schaukästen und Laternen gegen 28 im Jahre 1886, 49 diverse Ausführungen gegen 46 im Jahre 1886. — Die im Be richtsjahre projectirten resp. im Bau begriffenen Wohnhäuser verteilen sich auf folgende Straßen: 6 auf der Auguststraße, 9 auf der Altenstraße, 6 auf der Bischofstraße, 3 auf der Charlottenstraße, 9 auf dem Gneisenauplatz und der Martinistraße, 9 auf der Gräbschneidstraße, 10 auf der Höhenstraße, 6 auf der Kaiser-Wilhelmstraße, 8 auf dem Leibnizdamm, 8 auf der Lewaldstraße, 4 auf der Louisenstraße, 11 auf der Lützowstraße, 10 auf der Schlesierstraße und am Wilhelmsauer, 9 auf der Sternstraße, 11 auf der Thiergartenstraße, 6 auf der Trebnitzerstraße und dem Trebnitzerplatz, 3 auf der Vincenzstraße, 4 auf der Victoriastraße, 5 auf der Brüderstraße und 116 auf verschiedenen anderen Straßen des Stadtbezirks. Es sind ferner vorgenommen worden: 232 Materialprüfungen gegen 200 im Jahre 1886, 264 Rohbau-Abnahmen gegen 252 im Jahre 1886, 940 Bauabnahmen gegen 777 im Jahre 1886, 441 bauliche Untersuchungen gegen 433 im Jahre 1886.

**+ Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen wurden in der Nacht vom 15. zum 16. c. vom Corpus Christi-Friedhofe am Neukircher Wege ein großer Lebensbaum und viele Epheuranten, der Frau eines Arbeiters von der Klosterstraße ein schwarzes Cashemirkleid mit Krausen und eine Sammelmärschürze mit Perlen und Spitzenborten, einer Witwe von der Paradiesstraße auf dem Neumarkt aus der Manteltasche ein Portemonnaie mit 16 Mark Inhalt, einem Trödler von der Ursulinenstraße ein großer Bernhardinerhund. — Abhanden gekommen sind: einem Fräulein von der Sadowstraße eine Korallenkette mit goldenem Schloß, der Frau eines Kaufmanns vom Museumsplatz ein Portemonnaie mit 11½ M. Inhalt, einer Witfrau von der Kohlenstraße ein städtisches Sparbuch über 900 M. (Nr. 1878), einem Rittergutsbesitzer aus Oberglisien hierfür ein großer Krimischer, einer Dame vom Ohlauer Stadtgraben ein goldenes Armband mit Sicherheitsketten, einem Fräulein von der Hermannstraße ein Portemonnaie mit 5 Mark Inhalt. — Gefunden wurden eine goldene Brosche mit Koralle, eine silberne Cylinderuhr, ein Portemonnaie mit 11 M. Inhalt. Vorstehende Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizeipräsidiums aufbewahrt.

**\* Görlitz, 16. Jan.** [Der Quintaner des hiesigen Gymnasiums,] welcher sich vor Wochenfrist aus seiner Pension entfernt hatte und von dem man glaubte, er sei ein Opfer der Schneewehen geworden, ist in Hamburg aufgegriffen worden. Der hoffnungsvolle Knabe hatte dem „R. Görl. Anz.“ zufolge ein Stipendium von 30 Mark empfangen und war mit dem Gelde, anstatt es abzuliefern, lieber auf Reisen gegangen.

**Δ Schweidnitz, 13. Januar.** [Aus der Stadtverordnetenversammlung.] Zu der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten, der ersten im neuen Jahre, wurden die wieder gewählten unbefoldeten Stadträthe Caspari, Beyer, Kaatz von dem Bürgermeister Philipp ihr Amt wieder eingeführt und von Neuem verpflichtet. Seitens der Stadtverordneten begrüßte sie der Vorsteher, Justizrat Gröger. Ebenso erfolgte die Einführung der neu gewählten resp. wieder gewählten Stadtverordneten. Die Stadtverordneten nahmen einstimmig die von dem Magistrat entworfenen Abreden an den Kronprinzen in San Remo an, in welcher der Wunsch der habsigen Genehmigung und Heimkehr derselben in die Heimat ausgesprochen war. — Bei der darauf erfolgten Wahl des Vorstandes wurden Justizrat Gröger zum Vorstehenden, Apothekenbeamter Weber zum Protokollführer und die Herren Professor Dr. Schmidt, sowie Kaufmann Stieglitz zu deren Stellvertretern gewählt. Im verflossenen Jahre fand 16 öffentliche, 13 geheime und 3 außerordentliche Sitzungen abgehalten worden, in welchen 361 Vorlagen erledigt wurden. Außerstaatlich wurden 71 471 M. bewilligt.

**D. Liegnitz, 15. Jan. Kirchliches.** — Turnverein.] Die vereinigten Gemeindelöperchen der St. Peter-Paul- und U. L. Frauenkirche hatten am 13. d. M. eine bewegte Sitzung. Bereits vor einigen Monaten war ein Antrag eingegangen auf Bewilligung der Mittel aus den Überschüssen der Dotationskasse zur Begründung einer Gemeinde-Diaconie. Derselbe war einer Commission zur Beratung überwiesen und von dieser abgelehnt worden, dagegen hatte die Commission beschlossen, eine solche Einrichtung durch geeignete Kräfte aus der Gemeinde selbst zu empfehlen. In der angeführten Sitzung trat man nach lebhaften Debatten dem Commissionsbeschlusse bei, und die Angelegenheit wurde den Kirchenräthen beider Parochien zur weiteren Beratung übergeben. — Der „alte Turnverein“ hielt ebenfalls am 13. d. M. seine ordentliche Hauptversammlung ab, in welcher der langjährige Vorsteher, Herr Hauptlehrer Kupfermann, seine Wiederwahl wegen überhäufter Amtsgefäße definitiv ablehnte; es wurde für ihn Herr Particular Eduard Meissner gewählt.

**V Liegnitz, 16. Januar.** [Schwurgericht.] Bei der heutigen Sitzung der I. diesjährigen Schwurgerichtsperiode am hiesigen Königlichen Landgericht wurde verhandelt gegen den bereits in sieben Fällen vorbestrafte Arbeiter August Freche aus Jauer. Er war des Straßenraubes angeklagt, begangen an dem Handelsmann Wittwer auf der Landstraße am Klonitzer Walde bei Siebenhufen am 19. October v. J. Nachdem der Rauber den arglosen Wittwer hinter Rücken angefallen, am Hals gewürgt und zu Boden geworfen, hatte er ihm die ganze vorhandene Baaracht, bestehend in 22 Thalern, entwendet und war entflohen. Der Verhaftete schleppte sich nach dem nächsten Gehöft und erstattete alsbald Anzeige beim Amts-Vorsteher. Bei der heut zum Austrage gelkommenen Anklagesache bezahnten die Geschworenen die Schuldsprüfung und der Gerichtshof erkannte gegen Freche auf 10 Jahre Zuchthaus.

**W. Goldberg, 16. Jan.** [Wohlthätige Einrichtung.] Mit dem heutigen Tage ist seitens der Commune mit Hilfe freiwilliger Beiträge wiederum eine Suppenanstalt eröffnet worden, in welcher armen Schulkindern unentgeltlich, erwachsenen Armen theils ebenfalls ohne Bezahlung, theils zu geringem Preise eine Mittagsuppe verabreicht wird.

**u. Gruhau, 14. Januar.** [Vom Männer-Turnverein. — Genossenschaft der Grauen Schwestern.] Nach dem Jahresberichte zählt der hiesige Männer-Turnverein 38 Mitglieder und 34 Turnzöglinge. Die Einnahmen des Vereins betrugen im vergangenen Jahre rund 195 Mark, die Ausgabe 158 M. Der Turnhallenfonds beträgt 2985 Mark. — Die Genossenschaft der „Grauen Schwestern“ in Teutsch verpflegte im vorigen Jahre 287 Kranke.

**P. Glas, 13. Januar.** [Stadtverordneten-Sitzung.] In der

gestern Nachmittag stattgehabten ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten erfolgte zunächst die Einführung der neu resp. wieder gewählten Stadtverordneten durch Herrn Bürgermeister Kolbe, sodann die Wahl des Vorstandes. Wiedergewählt wurden: Kaufmann Hünfeld als Vorsteher, Buchhändler König als Schriftführer und Geheimrat Rieckner als dessen Stellvertreter, dagegen wurde neu gewählt Kaufmann Schleiermann jun. als Stellvertreter des Vorstehers. Aus den übrigen Verhandlungen ist nur die Beratung und Bechlüssung über die Umgestaltung des Bebauungsplanes des Stadttheiles vor dem Grünen Thore zu erläutern. In Folge der vielen und großen Neuauflagen in genanntem Stadttheile ist eine Änderung der seither bestehend gewesenen Fluchtlinien mehrerer Straßen notwendig geworden. Der Magistrat hat daher beschlossen, den Feldmesser Krause mit der sofortigen Vornahme der Vorarbeiten für Aufstellung eines veränderten Bebauungsplanes zu beauftragen. Die Kosten sind auf 600 M. veranschlagt. Die Versammlung trat dem Beschuße bei und bewilligte die Kosten.

**II Reichenbach, 12. Jan.** [Stadtverordneten-Sitzung.] Seit 1863 ist Herr Mehner Kämmerer in unserer Stadt. Nach Ablauf seiner zweiten Wahlperiode ist er nun auf Lebenszeit wieder gewählt worden, und es fand in der gefürchteten Stadtverordneten-Sitzung durch Herrn Bürgermeister Eupel seine Verpflichtung und Wiedereinführung statt. — Die Versammlung billigte 1000 Mark Zusatz zu einem hier zu errichtenden Kriegerdenkmal unter der Bedingung, daß der Betrag von Sparsäckenüberschüssen bezahlt werden kann, und daß die Einweihung, nicht wie projektiert im laufenden Jahre bei Abhaltung des ersten Kreis-Kriegerverbandsfestes, sondern erst am 25jährigen Gedenktag der Schlacht bei Sedan erfolgt. 1200 Mark sind bisher als Fonds vorhanden. Diese Summe hält die Versammlung nicht für ausreichend, um ein der Stadt und den Gebliebenen würdiges Denkmal zu sehen. Weitere Sammlungen, bis zu 1895 sollen diese Fonds erhöhen; auch hofft man bis dahin auf Besserung der Zeitverhältnisse. — Sonderbar liegen hier die Schlachthofverhältnisse. Der Schlachthof, in welchem die hiesigen Fleischer obligatorisch zu schlachten verpflichtet sind, ist Privateigentum. Er hat jetzt in Folge Subhastation seinen Besitzer gewechselt; die Stadtcommune, welche Besitzerin werden wollte, wurde im Termine überboten. Laut Grundbuch soll der Stadt das Recht zustehen, den Vertrag, die Benutzung des Schlachthofs betreffend, aufzukündigen. Hieron will nun jetzt event. die Stadt Gebrauch machen. Nur von einem Schlachthof, welcher im Besitz der Stadt ist, erwartete man die Vortheile, welche ein solches Institut bringen soll, und es wurden daher von der Versammlung 500 Mark bewilligt, damit Vorarbeiten in Angriff genommen werden können, welche dazu führen, die Stadt zur Besitzerin eines event. neu zu erbauenden Schlachthofes zu machen.

**-1- Streichen, 15. Jan.** [Comunalsteuer.] Bisher wurde hier die Comunalsteuer nach einem progressiven Classificationstaxe erhoben, der sich in seinen Abstufungen zwar an die Steuerstufen der Staatskassen- und Einkommesteuer anlehnt, aber noch Unterstufen enthielt. Nach diesem Taxe kommen besonders die Personen mit einem Einkommen über 3000 M. besser weg. In dem nun in Kraft getretenen neuen Gemeinde-Einkommesteuer-Regulat für die Stadt Streichen ist die wichtige Bestimmung enthalten, daß fortan bei der Veranlagung zur Comunalsteuer nur die für die Einschätzung zur Staats-Einkommen- und Kassensteuer geltenden Grundsätze und festgelegten Steuerstufen anzuwenden seien. Nach dem neuen Regulat wird auch der Staatsfiscus hinsichtlich des Einkommens aus der im Stadtbezirk betriebenen Eisenbahn zu den Comunalabgaben herangezogen.

**○ Reiffe, 15. Jan.** [Generalversammlung.] — Viehmarkt.] Der Krieger-Begräbnisverein hielt gestern Abend in dem Local „Zur Sonne“ seine Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende, Delafabrikant Premier-Lieutenant Huch, ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht, ergriff sein Stellvertreter, Kamerad Weigel, das Wort und brachte nach einer die Krankheit des Kronprinzen berührenden Ansprache dieselben ein Hoch. Hierauf erfolgte die Darlegung des Jahres- und Kassenberichts. Zum Schluss wurden die alten Vorstandsmitglieder wieder in den Vorstand gewählt. — Auf dem gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 910 Stück Pferde, 1375 Stück Schwarzwiebel, aber nur 7 Stück Rindvieh.

**R. Katowitz, 16. Januar.** [Comunales. — Concert. — Gewerbe-Verein.] Am 12. d. Mts. wurden in der ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die 10 neu bzw. wieder gewählten Mitglieder eingeführt und alsdann die Herren Dr. Goldstein als Stadtrath, Sanitätsrat Dr. Holz als Vorsteher, Kaufmann M. Olendorff als dessen Stellvertreter, Bankier A. Landsberger und Uhrmacher Scholz als Protokollführer bzw. dessen Stellvertreter einstimmig wieder gewählt, sowie die verschiedenen Commissionen und Deputationen gebildet. — Am Sonntag, 16. d. f., fand das dritte Concert des Meister'schen Gesangvereins in diesem Winter statt, worin unter der bewährten Leitung des Herrn Oscar Meister und unter Mitwirkung von Fr. v. Sicherer (München), Herrn Dierich (Leipzig), Schmaßfeld (Berlin) und der Militärkapellen aus Cörel (Schedewitz) und Brieg (Böhmen) das große Tonwerk R. Schumann's „Das Paradies und die Peri“ ganz vorzüglich aufgeführt wurde und welches, namentlich aus der Umgegend bis von Bautzen und Gleiwitz her, sowie aus dem benachbarten Auslande, außerordentlich zahlreich besuchte war. Es erfreuen sich die Concerte des genannten Vereines, welcher über einen starken und sehr gut geschulten Chor verfügt und auch die Mittel zur Heranziehung der namhaftesten Künstler besitzt, bereits eines bedeutenden Rufes in musikalischen Kreisen und es ist das hochauferkennende Verdienst R. Meister's, in ihnen eine Schule des guten musikalischen Geschmacks für die hiesige Gegend geschaffen zu haben. — Der Gewerbeverein concurreert auf intellectuellem Gebiete und veranstaltet seit Beginn des Winters u. a. die Vorträge von Sophus Trombold, G. Stölls und Paul Dohm (Wien).

#### Nachrichten aus der Provinz Posen.

**n. Rawitsch, 14. Januar.** [Revision.] Beihufs Revision einiger Schulen trafen in diesen Tagen die Herren Unterstaatssekretär Wirk. Geh. Rath Dr. Lucanus und Geh. Regierungsrath Dr. Ruegeler aus dem Unterrichtsministerium in Begleitung der Herren Regierungsräthlichen Zimmerman, Ober-Regierungsrath Berlin und Regierung- und Schulratsk. Skladny hier ein. Die Reisen und Revisionen hängen mit der beabsichtigten Gründung neuer Schulen zusammen.

#### Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

##### Meihsstag.

**\* Berlin, 17. Januar.** Der Reichstag nahm heute nach den Weihnachtsferien seine Verhandlungen wieder auf und setzte die zweite Lesung des Gesetzes fort. Das Haus war recht spärlich besetzt, doch trug daran wohl auch ein Nebstand Schuld, den der Abgeordnete Rieckert während der Sitzung zur Sprache brachte. Es herrschte nämlich eine derartige Kälte im Sitzungssaale, daß der erwähnte Redner den Präsidenten um Abhilfe oder die Erlaubnis bat, Mantel und Hut zum Schutz zu verwenden, einen Wunsch, den Herr Buhl, der das Präsidium führte, allerdings nicht erfüllen möchte. Indes hat die niedrige Temperatur der Wärme keinen Eintrag, mit welcher die Mitglieder aller Parteien dem freien Centrumsführer, der pünktlich wie immer an seinem Platze erschien, ihren Glückwunsch zu seinem siebenund siebenzigsten Geburtstage abstottern. Windhorst's Pult hatten liebenswürdige Verehrerinnen mit duftenden Blumenpenden geschmückt. Die Beratung begann beim Marine-Gesetz, der dem Abgeordneten Rieckert Veranlassung gab, die Aufmerksamkeit des Ministeriums und Hauses auf jene Artikel der „Köln. Ztg.“ zu lenken, welche unserer Marineverwaltung so schwere Vorwürfe machen. Danach wäre unsere Flotte unzureichend und die Schaffung einer neuen Schlachtflotte notwendig. Der freisinnige Abgeordnete stellte sich im Gegensatz zu diesen Artikeln völlig auf den Standpunkt der Marineverwaltung. Auch der Chef der Admiralität, Generalleutnant v. Caprivi, trat dem Geiste der Artikel entgegen und bestritt auf das Entschiedenste, daß dieselben offiziell inspiriert seien. Der Reichstag nahm die Beratung aufgestellt, die ich auch in der Presse gefunden habe, daß der Artikel einer größeren Zeitung, der überdies an einer Stelle Platz fand, an der gewöhnlich nur besondere Sachen stehen, inspirirt worden sei. Was zunächst mich angebt, so bin ich von diesem Verdachte frei. Es ist die Behauptung, an den Artikel geknüpft worden, er solle vielleicht weitere Forderungen in einem Nachtrag setzen. Von solchen Forderungen ist mir nichts bekannt und zu wenig geschieht, vielleicht gleichzeitig zu viel darin. Ich habe diese wenigen Bemerkungen nur machen wollen, um, soweit in meinen Kräften steht, den durch jene Artikel hervorgerufenen Beunruhigungen nicht bloss in finanzieller Beziehung, sondern auch in Bezug auf die Werthschätzung unserer Flotte entgegenzutreten. Der Reichstag wird wohl aber in seiner großen Mehrheit der Meinung sein, in diesem Punkte das Programm des Chefs der Admiralität zu unterstützen, daß, so lange über den Werth der großen Panzerschiffslinie ein abstielendes Urteil nicht gefällt worden ist, die deutsche Nation vor kostspieligen und gefährlichen Projekten bewahrt möge.

**Chef der Admiralität v. Caprivi:** Es ist mir nicht unangenehm, daß diese Sache hier zur Sprache kommt. Ich bin ein abgelegter Feind des Eingehens auf die Presse von militärischen Reissorts aus. Es liegt die Gefahr nahe, daß durch die Presse, wenn seitens des Commandos auf sie eingegangen wird, eine gewisse Beunruhigung in die Truppe gebracht wird und Fragen zur Erörterung gelangen, die ihr besser entzogen werden. Der Abg. Rieckert hat die Vermuthung aufgestellt, die ich auch in der Presse gefunden habe, daß der Artikel einer größeren Zeitung, der überdies an einer Stelle Platz fand, an der gewöhnlich nur besondere Sachen stehen, inspirirt worden sei. Was zunächst mich angebt, so bin ich von diesem Verdachte frei. Es ist die Behauptung, an den Artikel geknüpft worden, er solle vielleicht weitere Forderungen in einem Nachtrag setzen. Von solchen Forderungen ist mir nichts bekannt und zu wenig geschieht, vielleicht gleichzeitig zu viel darin. Ich habe diese wenigen Bemerkungen nur machen wollen, um, soweit in meinen Kräften steht, den durch jene Artikel hervorgerufenen Beunruhigungen nicht bloss in finanzieller Beziehung, sondern auch in Bezug auf die Werthschätzung unserer Flotte entgegenzutreten. Der Reichstag wird wohl aber in seiner großen Mehrheit der Meinung sein, in diesem Punkte das Programm des Chefs der Admiralität zu unterstützen, daß, so lange über den Werth der großen Panzerschiffslinie ein abstielendes Urteil nicht gefällt worden ist, die deutsche Nation vor kostspieligen und gefährlichen Projekten bewahrt möge.

**Chef der Admiralität v. Caprivi:** Es ist mir nicht unangenehm, daß diese Sache hier zur Sprache kommt. Ich bin ein abgelegter Feind des Eingehens auf die Presse von militärischen Reissorts aus. Es liegt die Gefahr nahe, daß eine andere offizielle Stelle den Weg in die „Königliche Zeitung“ eingeschlagen haben könnte. Auch das ist nicht richtig, wie ich mit der vollen Überzeugung aussprechen kann. Die Marineverwaltung hat die Continuität ihrer Ansichten, seit ich ihr vorstehe, nicht gebrochen, sie hat keine Ansicht geändert. Ich stehe noch heute auf dem Boden der Denkschrift von 1884. Die in vorigen Jahren dem Gesetz beigefügten Denkschriften zeigen das nur fort, geht in denselben Bahnen einen kleinen Schritt weiter. Es ist nichts geschehen, (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Innern brachte der freisinnige Abgeordnete Baumhau einige Anregungen und Bedenken zur Sprache, zu denen die Berichte der Fabrikinspectoren ihm Veranlassung gaben. Zugleich legte er eine Panze für die freien Hilfsklassen ein. Minister v. Bötticher konnte einen Theil dieser Anregungen als bereits durch den Bundesrat in Erwägung gezogen bezeichnen. Morgen werden die Anträge Mundel, Reichenberger u. A. über Wiedereinführung der Beauftragung u. l. w. zur weiteren Beratung kommen.

##### 15. Sitzung vom 17. Januar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Caprivi. Die Abg. v. Kölle und v. Giese haben ihr Mandat niedergelegt. Die zweite Beratung des Gesetzes wird fortgesetzt mit dem Marineetat.

Bei den Ausgaben, und zwar bei dem Cap. „Admiralität“ bemerkte Abg. Rickert: Bei der ersten Beratung des Gesetzes habe ich einer Neuerung von Seiten des Bundesrats gegenüber Verwahrung dagegen eingegangen, daß die Denkschrift zum vorjährigen Marineetat die Bedeutung habe könne, als ob der Reichstag mit der Annahme dieses Gesetzes auch moralisch die Verpflichtung übernommen habe, für die nächsten fünf Jahre jährlich eine gleiche Summe für Marinabauten zu bereitstellen. Daß diese Annahme unzulässig ist, hat auch die Budgetcommission als zutreffend erkannt, und der Chef der Admiralität hat ebenfalls jener Denkschrift die Bedeutung nicht beigelegt, als ob der Reichstag nun verpflichtet sei, in den nächsten fünf Jahren jährlich 8 Millionen für Schiffssäulen und Neubauten zu bewilligen. Ich geh also auf diese Frage nicht weiter ein und will nur einige allgemeine Gesichtspunkte erörtern, welche in der Presse sehr viel Staub aufgewirbelt haben. Ich glaube, es ist gut, wenn der Reichstag und der Chef der Admiralität zu diesen Dingen Stellung nehmen. Die Steigerung in den Ausgaben der Marine ist eine ganz ungewöhnliche

(Fortsetzung.)  
was nicht auf dem Boden dieser Deckschriften steht, welche die Billigung der verbündeten Regierungen gefunden haben. Und um auch der von dem Abg. Rittert leise angedeuteten Möglichkeit entgegenzutreten, gerade in der brennenden Frage, die die „Königliche Zeitung“ angeregt hatte, hat der Herr Reichskanzler auf dem Projekt zu der Deckschrift, daß ich ihm vorlegte, mit Bleistift seine Zustimmung ausgesprochen. Ich glaube also nicht zu weit zu gehen, wenn ich hier die Erklärung abgebe, daß der Herr Reichsanwalt sich mit mir in vollkommenen Übereinstimmung befindet. Wenn die Befreiung ausgesprochen ist, daß unsere Marine anderen Matrosen gegenüber nicht weit genug forscheite, daß wir mehr thun müßten, so kann ich mich auch da nur auf die Deckschrift vom v. J. berufen. Ich habe damals ausgeführt, daß und welche Matrosen im Begriffe stehen, in ihrer Entwicklung an den unteren vorzugehen, wie vorzüglich unsere Lage ist und welche Mittel nun unerlässlich anzuwenden wären. Auf diesem Boden steht ich auch heute noch. Es ist seit der Deckschrift vom vorigen Jahre nicht das Mindeste weder im Inland noch im Ausland geschehen, was mich zum Abheben von den darin ausgesprochenen Ansichten veranlassen könnte. Die „Königliche Zeitung“ — ich bedauere, daß ich immer wieder darauf zurückkommen muß — resümire ihre wesentlichen Vorwürfe gegen mich dahin, daß der Schwerpunkt der Marine zu sehr auf das Land verlegt werde, und zwar in der Haupthälfte aus zwei Gründen: der eine, der nur so leise durchlängt, ging dahin, daß nicht genug gefahren werde, zu viel Dienst am Lande, zu wenig auf dem Wasser sei. Einen sichereren Maßstab für den Dienst auf dem Wasser giebt die Höhe der jährlichen Indiensthaltungskosten, deren Verbrauch steigt, je mehr wir fahren. Der Indiensthaltungsfonds hat 1875 eine nicht anzuschlags, sondern wirkliche Ausgabe von 1 998 000 M. gehabt. 1885/86 sind für dieselben Zwecke 6 690 000 M. aufgewendet worden. Es ist nahezu das Vierfache von dem verfahren worden, was wir 10 Jahre vorher verfahren waren. Daraus die Behauptung ableiten zu wollen, daß jetzt weniger gefahren werde, scheint mir gewagt. Ebenso ist es mit der zweiten Bemerkung, daß die Matrosen-Artillerie zum Küstenschutz eine Vermehrung ihres Personals erfahren habe. Das Personal der Marinetheit sich in Matrosen und Leidetivisionen, die ausschließlich zum Dienst am Bord bestimmt sind, und Seebataillone und Matrosen-Artillerie, die vorherrschend den Dienst am Lande thun, ohne die aber auch der Dienst zur See gethan werden könnte. Wir können nicht mobil machen ohne diese Truppenteile. Die Behauptung, daß sie ganz auf dem Lande sind, ist an sich schon eine irre. Es hat sich aber die Zahl der Marineteile am Lande mit Ihrer Zustimmung vermehrt. Es sind für Friedrichsort, Geestemünde, Cuxhaven, Marine-Artillerie-Abteilungen und Compagnies geschaffen worden und zu der selben Zeit hat eine Vermehrung des Personals der ganz schwimmenden Marineteile der Matrosen-Verbindungen stattgefunden. Als ich 1883 in die Verwaltung trat, verhielt sich die Quote der am Lande zu verwendenden Marineteile, also der Seebataillone und Matrosen-Artillerie, zu dem gesamten Mannschaftsbestande wie 16 zu 100; 16 p.C. am Lande, 84 p.C. schwimmend. Nachdem Sie nun vier Jahre lang Vermehrungen des Marinetcats genehmigt haben, hat sich im Etat 1887/88 das Verhältnis so gestellt, daß 17 p.C. am Lande sind und 83 p.C. schwimmend. Es hat sich also von 1883 bis 1887 das Verhältnis der schwimmenden Abteilungen verschoben. Will man überhaupt diesen Maßstab anlegen, um den Schwerpunkt der Marine zu ermitteln, so muß ich wirklich sagen, daß mir in dem Verhältnis von 83 : 84 keine Gefahr zu liegen scheint (Heiterkeit). Es ist endlich in diesem Artikel — und der Abg. Rittert erwähnt das auch mit einem gewissermaßen melancholischen Zug — des Verhältnisses unserer Marine zu Russland, zum Ausland gedacht worden. Ich glaube, ich bin in dieser Bezeichnung unverdächtiger als vielleicht ein Marinefürst. Ich bin in diese Stellung gekommen ohne mein Zuthun, aber das kann ich mit dem besten Gewissen behaupten, es ist meine innerste Überzeugung, daß diese Marine, so wie sie jetzt da ist, leisten wird, was möglich ist und das wir keinen Gegner zu fürchten brauchen. (Beifall.) Unter allen Umständen wird die Marine ihre Kräfte einsetzen. Wie das Kriegsfall falle, kann Niemand voraussehen, aber daß diese Marine, die Seefahrt und die Mannschaften etwas leisten werden, dafür verfüge ich mich. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt.

Die laufenden Ausgaben des Marinetcats werden ohne weitere Debatte genehmigt.

Bei den einmaligen Ausgaben bemerkte der Referent, Abg. Kalle, daß der Vorschlag der Regierungen dahin geht, von den einmaligen Ausgaben einen Betrag von 5 Millionen Mark aus den fortlaufenden Einnahmen zu deduzieren, den Rest erst auf die Auleibe zu übernehmen. Die Commission habe sich vorbehalten, auf diese Frage noch später zurückzukommen.

Die einmaligen Ausgaben werden ebenfalls meist ohne Debatte bewilligt.

Zur Anlage von Torpedo-Etablissements und zu Torpedo-Einrichtungen auf den Werken zu Kiel, Wilhelmshafen und Danzig werden 1 230 836 M. als zweite Rate verlangt.

Abg. Rittert fragt, ob diese Summe dazu bestimmt sei, Torpedos zu bauen?

Chef der Admiralität v. Caprivi bemerkte, daß zum Bau von Torpedos aus diesem Titel kein Groschen bestimmt sei. Es handle sich um die Einrichtung der Werftstätten.

Der Titel wird bewilligt.

Die Commission beantragt, die Forderung von 365 000 Mark zur Errichtung eines Marine-Vazareths in Lehe zu streichen.

Abg. Gebhard beantragt, 220 000 M. dafür zu bewilligen.

Der Referent führt aus, daß die Commission zur Ablehnung gekommen sei, weil das Lazareth zu groß angelegt sei.

Abg. Gebhard bemerkte, daß sein Antrag eine Reduktion des Planes herbeiführen wolle. Die Marinetruppen, welche in Lehe sich befinden, haben kein Lazareth. Sie sind darauf angewiesen, im Krankenhaus zu Bremershausen untergebracht zu werden. Aber die Stadt hat einen Beitrag mit dreimonatlicher Fristabgängung und die Marine wäre in Verlegenheit, wenn dieser Vertrag gefordert würde.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Wenn Bremerhaven den Vertrag kündigt, muß die Marineverwaltung wieder wie früher ihre schweren Kranken in Mietshäusern unterbringen und die leichten Kranken nach Bremen transportieren. Es handelt sich hier um einen Punkt, den die Schiffe öfter anlaufen. Für Friedenszwecke würde ein Lazareth, wie es sich für 220 000 M. herstellen läßt, ausreichen. Ich würde mich damit begnügen, wenn sich etwas mehr nicht erreichen läßt.

Abg. Baumbach (dritter): Die Frage der Dringlichkeit ist in der Commission nicht so sehr besetzt worden. Die Forderung ist gegen eine einzige Stimme abgelehnt worden, und gerade die Freunde des Vorredners waren es, welche den Antrag auf Ablehnung stellten. Die Ablehnung sollte ursprünglich keine definitive sein, sondern nur für diese Session gelten. Eine beliebig niedriger geprägte Sondern wird der Reichstag wohl nicht bewilligen können. Es muß ein neues Project ausgearbeitet werden. Wenn die Stadt Bremerhaven in allerhöchster Zeit die Kündigung des bestehenden Vertrages beabsichtigt, dann könnte man die Frage der Dringlichkeit vielleicht anders betrachten.

Abg. v. Bennigsen: Ein Bedürfnis für den Bau hat man allgemein anerkannt, aber der Bau erschien zu groß und zu kostspielig. Gelingt es, für einen niedrigeren Betrag auf Grund einer der Commission vorgelegten Skizze einen andern Plan zu entwerfen, so werden auch die Bedenken des Herrn Baumbach wohl bestreitbar. Ich beantrage deshalb, den Titel mit dem Antrag Gebhard der Budgetcomission noch einmal zur Beratung zu übergeben.

Das Haus bestätigt beinahe.

Nachdem auch die übrigen Titel der einmaligen Ausgaben bewilligt sind, werden die einmaligen Ausgaben ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Berathung des Etats des Reichsamt des Innern.

Capitel 7 (Besoldungen) wird ohne Debatte bewilligt.

Zu Capitel 7a (allgemeine Fonds) bemerkt

Abg. Baumbach: Ich möchte mir an dieser Stelle erlauben, einige Anfragen an den Herrn Staatssekretär zu richten. Zunächst constatire ich mit Vergnügen, daß wohl unter dem Einfluß unseres Beschlusses eine Vermehrung der Fabrikinspectoren stattgefunden hat. Es ist ein Fabrikinspektor hinzugekommen im Königreich Boern und ein Fabrikinspektor in Lübeck, außerdem aber sind die Assistentenstellen wesentlich vermehrt worden, woran namentlich der industrielle Staat Sachsen partizipirt. Was die Form der Berichte betrifft, so ist uns nach einem früheren Wunsche des Reichstags wiederum ein aus den Einzelberichten zusammengesetzter Gesamtbericht vorgelegt. In Österreich werden die Einzelberichte in tote gegeben und nur mit einem einzelnen Generalbericht versehen. Es wäre zweckmäßig, dieses Verfahren zum Muster zu nehmen. Für den, der sich mit der Arbeiterfrage näher beschäftigt, ist es nicht möglich, sich aus

dem Generalberichte genügend zu orientiren. Das die Einzelberichte im Reichstag zur Einsicht ausgelegt sind, bietet keinen ausreichenden Erfolg, da es zu umständlich ist, auf diese Weise davon Kenntnis zu nehmen. Sodann möchte ich bitten, daß das Reichsamt des Innern die Fragen, die in den Berichten angeregt sind, auch näher treten möge. Das gilt vor allem von der Unfallverhütung und der Verhütung von Krankheitsgefahr in den Fabriken. Seitens der Berufsgenossenschaften ist ja eine große Anzahl von Unfallverhütungsvorschriften erlassen, die gewiß mancherlei Beachtenswerthes enthalten. Aber einmal glaube ich, ist es nothwendig, daß die Gewerbe-Inspectoren mit den Berufsgenossenschaften und den Beauftragten in irgendeinen organischen Zusammenhang gebracht werden, und dann ist zu bemängeln, daß die Verhütung der Krankheitsgefahr bisher wenig Berücksichtigung gefunden hat. Die Berichte der Fabrik-Inspectoren geben viele Anhaltspunkte, daß in diesen Richtungen viel zu geschehen hat. Der Bundesrat sollte mit generellen Vorschriften wenigstens für die einzelnen Industriezweige vorgehen. Es ist ja in diesen Tagen eine Commission im Reichsamt des Innern zusammengetreten, um Vorschriften zur Verhütung von Krankheitsgefahr in einzelnen Industriezweigen vorzubereiten. Es wäre nur zu wünschen, daß dergleichen Vorschriften in noch größerem Umfange erlassen werden. Die Verhütung von Krankheitsgefahr wäre auch von großer Bedeutung für die Krankenversicherung. Auch in Bezug hierauf haben umfassende Erhebungen stattgefunden, und es ist eine eingehende Revision des Krankenfassengeleches im Gange. Ich wünsche, daß die Revision bald zum Abschluß gelangen, doch aber dabei den freien Hilfsfassen nicht zu Leibe gegangen werde. Ich würde das leichtere sehr bedauern, denn die freien Hilfsfassen repräsentieren in der Krankenversicherung so recht eigentlich das Arbeitselement, und das Pflichtbewußtsein ist in ihnen ein viel größeres als in den Zwangskassen, wie es gewiß beachtenswerth ist, daß die Kontrolle in den freien Kassen eine viel nachhaltigere ist, als in den Zwangskassen. Unsere Ortskrankenkassen leiden an dem einen großen Fehler, daß alles in eine gleichliche Schablone hineingestellt ist, ohne Rücksicht auf lokale Verhältnisse, denen die freien Hilfsfassen aber Rechnung zu tragen in der Lage sind. Ich glaube, gegenüber den bisherigen Erfahrungen wird die damalige Opposition gegen das Krankenfassengesetz in anderem Lichte erscheinen. Zwanzig Prozent der Ortskrankenkassen hat ein Deficit, und nur ein geringer Prozentualer eine Mehrreintheit. Was die gewerblichen Schiedsgerichte betrifft, so war man über ihre Nützlichkeit im Reichstag einer Meinung; nur darüber, ob sie obligatorisch einzuführen seien, ging man auseinander. Die bezügliche Resolution des Reichstags scheint aber gleichwohl im Schoße des Bundesrats ihre Erledigung noch nicht gefunden zu haben. Inzwischen sind mehrere Städte, unter ihnen auch die Reichshauptstadt, mit der Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten vorgegangen. Es wäre zu wünschen, daß sich diese Schiedsgerichte zugleich als Eingangsgerichte zur Vermeidung von Streites constituirten möchten. Auch der die Arbeiterschutzgegebung betreffende Entwurf, der in der vorigen Session im Reichstage zur Annahme gelangt ist, hat im Bundesrat noch keine Erledigung gefunden, und ich weiß nicht, in welchem Stadium er sich gegenwärtig befindet, und ob es möglich sein wird, noch in dieser Session hier auf den Gegenstand zurückzukommen. Es bestehen auf diesem Gebiete keine erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Neben die principiellen Fragen herrsche vielmehr vollständige Einigkeit, namentlich, daß man die Kinder aus der Fabrik ausschließen müsse, ist von allen Parteien anerkannt worden. Zu meiner Überraschung habe ich aus den Berichten der Fabrikinspectoren erschen, daß die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren im Zunehmen sei, eine Erscheinung, die zu ernsten Bedenken Anlaß giebt. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder betrug im Jahre 1886 21 053 gegen 18 882 im Jahre 1885. Am stärksten ist dabei das Königreich Sachsen beteiligt. Im Bezirk Chemnitz hat eine Zunahme von 30 p.C. stattgefunden. Man muß deshalb der Frage der Bechränkung der Kinderarbeit erstmals näher treten. Bemerkenswerth ist auch, daß die Übertragung der schon bestehenden Vorschriften über das Verbot der Kinderarbeit ebenfalls ganz bedeutend zunimmt. Es sind vielfach Kinder unter 12 Jahren beschäftigt worden. Mitunter wurde dabei, wie es in den fachlichen Berichten heißt, von einer Einleitung des Strafverfahrens abgesehen, weil die Beschäftigung der Kinder auf Unkenntniß der Arbeitgeber mit den gesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen ist. Lieber die Frauenarbeit waren die Auffichten im Reichstag mehr getheilt. In manchen Bezirken aber ist die Beschäftigung eine solche, daß man sie entschieden beschränken muß. Der Bundesrat muß zu diesen Dingen Stellung nehmen. Die Frage kann nicht länger diskussionsfähig behandelt werden. Es liegen über die vorgebrachten Dinge bestimmte Resolutionen und Beschlüsse der Volksvertretung vor, und diese wieder hat einen großen Theil der industriellen Bevölkerung hinter sich. Wenn diese einen so großen Wert auf diese Gesetzgebung legt, können die verbündeten Regierungen nicht länger ihren berechtigten Wünschen gegenüber sich ablehnend verhalten.

Staatssekretär v. Böttcher: Auch die preußische Regierung hat eine Vermehrung der Fabrikinspectorenschaften dem Bedürfnis entsprechend vorgeschlagen, wie dies der Vorredner seitens Sachsen mitgetheilt. Was die Berichte der Fabrikinspectoren angeht, so liegen die Sachen in Österreich anders. Der dortige Generalbericht wird von einem Beamten erstattet, welcher die Oberaufsicht über die Fabrikinspectoren führt. Eine solche Instanz fehlt bei uns. Wir können nur eine Quintessenz der Berichte geben. Es mag eine Reihe von Leuten geben, welche die Specialberichte einführen wollen, aber ob die Schriftlichkeit der großen Actenstücke gerade dadurch gewinnen wird, daß man sie drucken läßt, möchte ich bezweifeln. Behandeln Sie die Berichte als Drucksache des Reichstages und lassen Sie sie an alle Mitglieder vertheilen! Sie werden nicht mehr Siebzehn finden, als bisher. Der Bundesrat ist nicht unthätig gewesen in Bezug auf die Abfälle der Münzfürst, welche sich aus den Berichten der Fabrikinspectoren ergeben haben. Erst fürstlich ist eine Commission von Sachverständigen zusammengetreten, um über die gefundene Verhältnisse in den Cigarrenfabriken zu berathen. Auch die Bleiwerke sind mit der Spiegelbelagfassung sollen einer Prüfung unterworfen werden. Bezuglich der Revision des Krankenfassengesetzes, hat der Herr Vorredner den Wunsch ausgesprochen, daß gegen die Hilfsfassen sich im Allgemeinen bewährt. Die Arbeiter haben sich mit diesem Zweige der sozialpolitischen Gesetzgebung am meisten befreundet und haben die Ausdehnung dieses Gesetzes befürwortet. Daß trotzdem verschiedene Mängel vorhanden sind, ist selbstverständlich. Wir sind damit beschäftigt, eine Novelle aufzustellen; ob es möglich sein wird, sie noch jetzt zur Verhandlung zu bringen; dafür kann ich keine Garantie übernehmen. Bezuglich der freien Hilfsfassen habe ich schon früher einmal gefragt: Es kommt mir darauf an, daß dem Arbeiter Fürsorge für Krankheitshilfe gewährt wird. Aber darauf muß gedrungen werden, daß Richt und Schatten gleichmäßig vertheilt wird. Es darf nicht zugelassen werden, daß die freien Hilfsfassen weniger leisten, als bisher. (Zuruf: Sie leisten mehr!) Wenn das der Fall wäre, dann braucht man ihnen nicht zumutthen, daß sie dasselbe leisten sollen, wie die Zwangskassen. Es ist bekannt, daß der Reichstag bezüglich der Arbeiterbeschaffung einer Beschluss gefaßt hat, der Bundesrat hat sich aber damit noch nicht befagt. Wenn der Gegenstand erledigt werden wird, weiß ich nicht. So wie der Ersatzwurf aus dem Beschuß des Reichstages hervorgegangen ist, konnte er nicht Gesetz werden. Sie haben eine dankenswerthe Anregung gegeben, und die Sache wird nicht unter den Tisch fallen. Ein Einfachreiten der Reichsgelehrte am Gunsten der Ausdehnung der Schiedsgerichte scheint mir nicht nothwendig, wenigstens sprechen unsere Erfahrungen nicht dafür. Daß diese Schiedsgerichte auch als Eingangsgerichte fungieren können, haben die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Arbeitern und Unternehmern können sie eine solche Leistung übernehmen.

Abg. Lingens (Centrum) glaubt ebenfalls, daß es nothwendig sei, die Originalberichte der Fabrikinspectoren zu veröffentlichen. Er habe aus dem Studium derselben entnommen, daß dieselben manche Vorlage und sonst beachtenswerthe Dinge enthalten, von denen der Generalbericht gar nichts sage.

Darauf wird die Berathung abgebrochen.

Schlüß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Anträge, betreffend die Schwurgerichte und die Wiedereinführung der Berufung.)

Es werden voraussichtlich dem Betriebe übergeben Oppeln-Namslau, Glaz-Rückers, Lissa-Tarotschin, Lissa-Ostrowo am 1. October 1888. Nach örtlicher Aufnahme sind 154 km Gleise umzubauen, wovon 144 km mit höhern und 10 km mit eisernen Querschwellen hergestellt werden sollen. Hierzu, sowie zu den Gleisauweichselungen in Haupt- und Nebengeleisen sind erforderlich: Schienen und Kleineisenzeug: a. 10797 t Stahlbahnen zu 130 M., b. 2930 t Kleineisenzeug, durchschnittlich zu 150 M. Der Etat verzeichnet an Kosten erheblicher Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen, einschließlich derselben für Werkstätten und Gasanstalten: Anlage einer Wegeunterführung beim Oderthor-Bahnhof zu Breslau und einer Fußwegüberführung auf Bahnhof Posen 18 600 Mark; Verbesserung und Ergänzung der Schneeschutzanlagen 55 600 Mark; Bau von Dienstwohngebäuden auf den Stationen Morgenroth, Osowicim, Emanuelsegen, Camenz und Böhmischesdorf 121 700 Mark; Umbau des Bahnhofs Laband und Herstellung eines definitiven Empfangsgebäudes daselbst 88 000 Mark; Bau eines Stationsgebäudes auf der Haltestelle Idavitz, sowie Umbau und Erweiterung des Empfangsgebäudes nebst Personalle auf Bahnhof Myślowitz 65 000 Mark; Einrichtung von Nebenachtungsbüroen auf Bahnhof Camenz und Herstellung eines Magazin gebäudes auf dem Bahnhof Neisse 20 000 Mark; Verlegung des Haltepunktes Alzenau 15 800 Mark; Ausbau der Anschlußstation Niedobitsch zu einer Haltestelle und Anlage einer Güterstation am Aschenbornsbach 72 000 Mark; Erweiterung des Bahnhofes Sprottau 100 000 Mark; Erweiterung des Lokomotivschuppens auf Bahnhof Lichau und Herstellung einer Wasserstation auf dem Bahnhof zu Falkenau 15 500 Mark; Umgestaltung des Werkstätten-Magazin gebäudes auf dem Oderthor-Bahnhof zu Breslau 6800 Mark; zu unvorhergesehenen dringlichen Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen 180 000 Mark.

Der Berg etat fordert für Arbeiter der Eisengießerei bei Gleiwitz zu Hausbau-Prämien 3000 Mark, zu Hausbau-Darlehen 15 000 Mark, zur Fortführung der oberösterreichischen Schmalspurbahn von Tarnowitz nach der Friedrichshütte 154 000 Mark. Dazu wird bemerkt: „Die Erze der Friedrichshütte — sowohl die vom eigenen Betriebe, als die von den Privatgruben geförderten — werden bis jetzt mit Fuhrwerk auf dem Landweg von den Erzwässchen nach der Hütte gefahren. Diesen Transport beabsichtigt man künftig auf der mit der Friedrichshütte und den Privatgruben verbundenen, dem Staate gehörigen oberösterreichischen Schmalspurbahn zu bewirken, welche zu diesem Zweck von der sogenannten Laßowitzer Weiche bei Tarnowitz unter theilweiser Benutzung der Hauptbahn (ehemalige Rechte-Oder-Uferbahn) bis zur Friedrichshütte verlängert werden muß. Da der Bau dieser Eisenbahnstrecke, welcher erhebliche Ersparnisse an Transportkosten zur Folge haben wird, im Interesse der Bergwerks- und Hüttenverwaltung liegt, so ist die Ausführung derselben nicht länger zu verzögern und zu dem Zweck der erforderlichen Kostenbetrag zum Etat gebracht.“ — Die Königin Luisengrube, deren günstige Entwicklung der Etat hervorhebt, während die Königsgrube einen Rückgang zeige, soll 1 900 000 To. Kohlen (leichter Etat 18 940 000) à 4,303 M. (à 4,275) bringen, die Königsgrube 95 787 Tonnen (977 150) zu 3,769 M. (3,829). Die Friedrichshütte in Oberschlesien wird in 1888/89 20 995 To. silberhaltige Bleierze (gegen 19 950 To. im Etat für 1887/88 und 22 846 Tonnen in Wirklichkeit in 1886/87 erzielt) zur Verschmelzung abgegeben. Als Verkaufspreis ist veranschlagt 130 M. 17 Pf. (gegen 126 M. 95 Pf. Etatspreis für 1887/88 und 132 M. 59 Pf. wirklich erzielter Preis in 1886/87). Die Friedrichshütte bei Tarnowitz soll 8585 Klgr. Silber absegen (7770) und 13 241 Tonnen Blei (13 295), die Bergwerke, Hütten und Salzwerke im Oberbergamt Breslau sollen 167 530 M. Einnahme haben. Um Bauausführungen werden gefordert: Bleierbergwerk Friedrichshütte, Anschaffung eines vierten Dampfkessels für die Trockenwässche nebst Vergrößerung des Kesselhauses 9000 M.; Ergänzung älterer schadhaft gewordener Dampfkessel 3000 M.; Herstellung einer maschinellen Fördereinrichtung im Michowitzer Revier, Gesamtkosten 20 000 M. Davon sind 1. Rate in 1887/88 ausgebracht 10 000 M. und als zweite und letzte Rate in 1888/89 10 000 M.; Erweiterung des Dienstgebäudes der Berginspektion durch Ausbau des westlichen Seitenflügels 3500 M. — Steinkohlenbergwerk Königsgrube: Bau eines Bureaus für die Grubenbeamten auf den Bismarckshäfen 4500 M.; Heben der Hängebänke des Krugshaches 2 zur Höhe der Hängebank des Krugshaches 1, Verbindung beider Hängebänke durch eine Brücke mit Schienen und Kettenförderung 600 000 Mark. Davon werden als erste Rate in 1888/89 ausgebaut 20 000 Mark, wobei die erforderte Kostenbetrag zum Etat gebracht. Die Königswiese bei den Porembschäften Gesamtkosten 46 000 Mark. Davon ausgebaut



**London**, 17. Januar. Consols 102, 09. 1873 Russen 92 $\frac{1}{2}$  s. Egypter 73 $\frac{1}{2}$  K. Kalt.

**London**, 17. Januar. Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platz-discont 1 $\frac{1}{2}$  pCt. — Bessernd.

Cours vom	16.	17.
Consols December	102 07	102 11
Prennische Consols	105 —	105 —
Ital. 5proc. Rente	92 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$
Lombarden	71 $\frac{1}{2}$	7
5proc. Russen de 1871	92 —	92 $\frac{1}{2}$
5proc. Russen de 1873	92 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$
Silber nom.	—	—
Türk. Aul. convert.	133 $\frac{1}{4}$	133 $\frac{1}{4}$
Unfiechte Egypter.	73 $\frac{1}{2}$	73 $\frac{1}{2}$

**Frankfurt a. M.**, 17. Januar. Mittags. Creditation 213, 37. Staatsbahn 169 $\frac{1}{4}$ . Lombarden —, Galizier 154, 87. Ungarische Goldrente 77, 10. Egypter 74, 10. Laura —, Ziemi. fest.

**Köln**, 17. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 17, 90, per Mai 18, 30. Roggen loco —, per März 12, 95, per Mai 13, 30. Rüböl loco 25, 90, per Mai 25, 60. Haser loco 13, 50.

**Hamburg**, 17. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 164—168. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 124—128, russischer loco ruhig, 90—96. Rüböl ruhig, loco 49. Spiritus ruhig, per Januar 23, per Januar—Februar 23, per Februar—März 23, April—Mai 23 $\frac{1}{4}$ . — Wetter: Frost.

**Amsterdam**, 17. Januar. [Schlussbericht.] Weizen loco —, per März 193, per Mai 194. Roggen loco —, per März —, per Mai —, per October 108.

**Paris**, 17. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Januar 23, 25, per Februar 23, 30, per März—Juni 24, — per Mai—Aug. 24, 30. Mehl behauptet, per Januar 51, 80, per Februar 51, 80, per März—Juni 52, 60, per Mai—August 53, 25. Rüböl matt, per Januar 57, —, per Februar 57, —, per März—Juni 57, —, per Mai—Aug. 56, 75. Spiritus behauptet, per Januar 46, 75, per Februar 47, 25, per März—April 47, 75, per Mai—August 48, 75. — Wetter: Kalt.

**Liverpool**, 17. Januar. [Bauwolle.] (Schluss.) Umsatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fest.

#### Abendhörsen.

**Wien**, 17. Januar. Abends 5 Uhr 25 Min. Oesterr. Credit-Actionen 270, —, Galizier 194, —, Marknoten 62, 25, 4proc. Ungar. Goldrente 97, 05. Fest.

**Frankfurt a. M.**, 17. Januar. Abends 7 Uhr 4 Min. Credit-Actionen 215, 62, Staatsbahn 170, 75, Lombarden 66 —, Galizier 155, 50, Ungar. Goldrente 77, 90, Egypter 74, 35. — Fest.

**Hamburg**, 17. Januar. 8 Uhr 32 Min. Abends. Oesterr. Credit-Actionen 223 $\frac{1}{4}$ , Ungarische 40% Goldrente 77 $\frac{1}{4}$ , Deutsche Bank 163, Disconto-Commandit 191 $\frac{1}{4}$ , Mainzer 100 $\frac{1}{2}$ , Russische Noten 176, Packetfahrtgesellschaft 108 $\frac{1}{4}$ . — Tendenz: Ruhig.

#### Ausweise.

**Wien**, 17. Januar. [Wochenausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. Januar.<sup>2</sup>] Notenumlauf 389 600 000 Fl. — 8 190 000 Fl.

Metallschatz in Silber 225 200 000 = + 656 000 = dito in Gold .....

In Gold zahlbare Wechsel 143 600 000 = — 9 085 000 =

Lombarden 24 900 000 = — 949 000 =

Hypothen-Darleme 96 700 000 = — 8 000 =

Pfandbriefe in Umlauf 90 400 000 = + 34 000 =

<sup>2</sup> Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 7. Januar.

#### Geschiebung, Verwaltung und Rechtspflege.

**Breslau**, 17. Jan. [Landgericht. — Strafkammer I. — Briefmarkendiebstahl.] Im Februar 1885 brauchte der damals hierseit Brüderin Dr. 43 wohlschaffende Möbelhändler Paul Wiedner für sein Geschäft eine Summe von 1200 Mark. Er bat daher seinen Bruder, den in Königsberg i. R. wohnhaften Sanitätsrat und Kreisphysicus Dr. Wiedner um ein Darlehen in der bezüglichen Höhe. Dr. Wiedner erlangte augenblicklich das gewünschte Capitals, um aber seinem Bruder, wenn irgend möglich, die verlangte Hilfe dennoch zu gewähren, sandte er demselben seine in den Kreisen der Sammler als wertvoll bekannte Briefmarkensammlung mit dem Auftrage ein, dieselbe solle im Ganzen für 2400 Mark verkauft werden, von diesem Betrage möge sich Paul die benötigten 1200 Mark nehmen. Paul W. machte den Verkauf der Sammlung durch mehrere Annonsen bekannt. Der Einzige, der unter den erschienenen Kaufern ein ernstliches Angebot machte, war der jetzt in Berlin befindliche Briefmarkenhändler Isidor Schlesinger. Dieser öffnete für die ganze Sammlung den Betrag von 1500 M. Paul W. erklärte, er könne für diesen Verkauf ohne besondere Einwilligung seines Bruders die Sammlung nicht verkaufen. Der Bruder antwortete abschlägig, empfahl nun aber, die Marken im Einzelnen auszubieten, weil dann vorausichtlich ein höherer Erlös erzielt werden könnte. Die Marken waren auf circa 200 Blättern nach den Ländern geordnet und in jedem der limitirten Markenfelde stand der Verkaufspreis jeder einzelnen Marke verzeichnet.

Paul W. machte etwa Mitte Mai 1885 den Einzelverkauf der Sammlung bekannt.

Als einer der ersten fand sich in Folge dieser Offerte ein hiesiger Arzt ein. Derselbe kaufte in den Tagen vom 21. bis 28. Mai, in welchem er fünf Besuche bei Wiedner mache, mehrmals eine Anzahl Marken im Werthe von 5 bis 50 Pf., er hatte aber von vornherein in Aussicht gestellt, daß er größere Posten auch wertvoller Marken kaufen werde. Diese Angabe bildete den Beweisgrund, weshalb der heute als Angeklagter vor der Strafkammer stehende Arzt steis längere Zeit bei der Durchsucht der Marken verweilte. Die Markensammlung hatte sich Anfangs in den Wohnräumen der Wiedner'schen Familie befunden; da bei der öfteren Nachfrage betreffs der Marken Frau Wiedner, welche den Verkauf im Möbelgeschäft versah, zu oft gefordert wurde, so legten die Wiedner'schen Eheleute die Sammlung in den hinter dem Möbelgeschäft befindlichen Lagerraum. Erhielten Käufer für Marken, so hielt sich Frau Wiedner zumeist im hinteren Raum auf, sie mußte aber für kurzere oder längere Zeit im Möbelgeschäft verweilen, wenn dasselbst Kunden für Möbel eintrafen.

Auf diese Weise geschah es, daß der Angeklagte einige Male bei der Auswahl der Marken allein blieb; andere Markensammler hatten das Kleinsein von vornherein mit dem Bemerkern abgelehnt, daß im Markengeschäft viel vertaut und entwendet werde und daß sie lieber keinen Verdacht auf sich laden wollten.

Am Abend des 28. Mai traf zu wiederholten Malen der Postsekretär Brümmer im Wiedner'schen Geschäft ein, auch er hatte bereits billige Marken gekauft. Bei Durchsicht der einzelnen Markenblätter entdeckte er, daß auf der spanischen Marken enthaltenden Karte eine ganze Anzahl derselben, und zwar die theuersten fehlten.

Nach der im Markenhandel üblichen Usance wird in das Feld einer verkaufsten Marke das Datum des Verkaufs und der Name des Käufers eingetragen. Eine Anzahl der Felder der die spanischen Marken enthaltenden Karte war nunmehr ganz leer; da Brümmer genau wußte, daß vor wenigen Tagen in diesen Felsern Marken mit Preisbezeichnung geseholt hatten, so fragt er Herrn Wiedner, wer denn der Käufer der theuren Stücke — eine der Marken sollte 40 Mark kosten — wohl sei. Als Wiedner erklärte, daß Niemand so theure Marken gekauft hätte, behauptete Brümmer — dann müßten die Marken gestohlen worden sein.

Herr Wiedner vertrat die Meinung, es hätten gar keine Marken in den betreffenden Felsern geseholt, er wolle übrigens das Verzeichniß seines Bruders nachsehen. Herr Brümmer glaubte, Wiedner wolle den Käufer nicht nennen, und brach deshalb das Gespräch ab. Bei seinem nächsten Besuch bestreit jedoch Brümmer, daß in den betreffenden Felsern die Preisliste sehr sauber wegradirt sei. W. hatte inzwischen durch das Verzeichniß das Fehlen der Marken festgestellt, er schrieb deshalb in jedes der erwähnten Felder "gestohlen" hinan. Der Angeklagte soll nun noch einmal zur Bestätigung des Markenlagers erscheinen sein, er hat aber betreffs der Bezeichnung "gestohlen" keine Bemerkung gemacht, während jeder der anderen Rekurrenten hieraus Verzufung zur Fragestellung an Wiedner nahm. Allerdings wurde der Angeklagte nunmehr als ein Mann bezeichnet, welcher in den Kreisen der Markensammler und Händler sich nicht des besten Rufes erfreue. Einzelne der Herren hatten übrigens schon vorher die Wiedner'schen Eheleute vor dem Angeklagten gewarnt, während dieser wiederum bei seinen einzelnen Besuchen recht abenteuerliche Geschichten erzählte, in welcher Weise eifrig Markensammler die Sammlungen anderer Personen plündere. Ihn selbst — den Angeklagten — habe einmal ein Graf um einige seltene

Marken-Eemplare bestohlen, bezw. dieselben gegen minderwertige vertauschte. Schon bei seinem zweiten Besuch hatte der Angeklagte die Frau Wiedner darauf hingewiesen, daß ihr eine griechische Marke abhanden gekommen sein müsse, gleichzeitig machte er ihr das Angebot, er wolle ihr diese Marke, welche er als Doublette besitzt, schenken. In der That hat der Angeklagte am dritten Pfingstfeiertage die fehlende Marke erlegt, diese Marke ist später als eine in der Färbung gefälschte, also als ganz minderwertige Marke erkannt worden. Nach Feststellung des Fehlens der spanischen Marken, welche einen Gesamtwerth von 140 Mark repräsentierten, berichtete Paul W. ausführlich an seinen Bruder. Dieser ließ sich die Markensammlung wieder nach Königsberg kommen und stellte fest, daß zwei Marken vertauscht seien, 14 Marken aber fehlten. Da Paul W. offen ausgesprochen hatte, nur der Angeklagte könne die Marken entwendet haben, so sandte Dr. Wiedner unterm 13. Juli 1885 ein Schreiben an den Angeklagten, in welchem er, unter dem ausdrücklichen Bedauern, daß er gegen einen alten, bewährten Collegen einen so schweren Verdacht beginne müsse, ausführlich, daß die Summe der ganz sicheren Beweismittel in ihm die Überzeugung erweckt habe, daß — der Angeklagte — die Marken entwendet hätte. Er — Dr. W. — wolle es ihm nun möglichst leicht machen; er — der Angeklagte — brauche daher kein Geständnis zu machen, es genüge, wenn er unter bestimmten Chiffre postlagernd den Betrag von 140 M. einzahle, er — Dr. W. — werde dann strenges Stillschweigen über den Fall beobachten und die Handlungswweise des Angeklagten auch denen gegenüber bemüht, welche bereits um die Sache wüssten.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Unterm 12. Mai 1887 stand Termin zur Hauptverhandlung vor der I. Strafkammer an. Die Verhandlung war an jenem Tage bereits bis zum Ende der Beweisaufnahme gediehen, da stellte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Kirschner, den Antrag, der Angeklagte möge auf seinen Geisteszustand geprüft werden. Derselbe habe nämlich im Jahre 1868 einen Delbschub erlitten und es seien seit jener Zeit bei ihm mehrfach vorübergehende Geistesstörungen eingetreten. Würde der Angeklagte überhaupt für schuldig erachtet werden, so müßte der Beweis, daß er auch nur zeitweise geistesförmig sei, event. zu seinen Gunsten ausschlaggebend wirken.

Der Gerichtshof sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit der Bemerkung, es sei wunderbar, daß nicht überhaupt die ganze Sammlung gestohlen worden sei. Der Angeklagte stellte den angebrochenen Strafantrag nicht. Dr. W. aber reichte nach Ablauf von drei Monaten die Denunciation bei der Staatsanwaltschaft ein. Auf Grund vielerer Beugensvernehmungen wurde die Anklage gegen den Arzt erhoben.

Der Angeklagte sandte umgehend als Antwort die Drohung, er werde gegen Dr. W. wegen Beleidigung klagen werden, im Übrigen lehnte er den Verdacht des Diebstahls auf andere Personen und theilte mit, daß zwei Tage früher ihm ein fremder junger Mann gerade vierzehn spanische Marken, zum Verkauf angeboten habe. Es sei ein Leichtes gewesen, die Marken zu stehlen, weil dieselben in einem Schuppen Wochenlang unbeaufsichtigt gelegen hätten. Der Brief schloß mit

## Marktberichte.

\* **Wolle.** Pest, 14. Januar. Während der letzten acht Tage wurden zwei Partien feinere Wollen à 133 bis 135 Fl. und 142–145 Fl. verkauft. Die erzielten Preise stellten sich um mehrere Gulden niedriger, als im vorigen Jahre. In Mittelwollen war kein Verkehr. Das Contractgeschäft ist still. (B. T.)

— **ek. Berliner Eierbericht** vom 9. bis 16. Januar. Bei ziemlich unverändertem Werthstand ist der Geschäftsgang ein ruhiger geblieben. Der Börsepreis stellte sich für normale Handelsware auf 3,30–3,50 M., für Kalkeier 3,05–3,15 M., für ausgesuchte kleine Eier auf 1,95–2,10 M. pro Schock. Im Kleinhandel zahlte man je nach Grösse und Güte der Eier 60 Pf. bis 1,20 M. pro Mandel.

**Trautenau.** 16. Jan. [Garnmarkt.] Die Situation des Garngeschäfts hat sich gegen die Vorwoche nicht geändert und der heutige Garnmarkt hat denselben Verlauf wie jener der Vorwoche. Besuch von Spinnern und Käufern war in genügender Zahl anwesend und der Begehr hat auch keineswegs abgenommen. Derselbe erstreckt sich ziemlich gleichmässig über Tow- wie Linegarne und es wurde auch ein ganz erheblicher Bedarfsumsatz erzielt. Die Preise für Linegarne behaupten sich fest, jene für Towgarne sind entschieden höher. Notirt wird: Towgarn Nr. 14 mit 47–51, Nr. 20 mit 38–42 Gulden; Linegarne Nr. 40 mit 27–30 Gulden per Schock, je nach Qualität, zu üblichen Conditionen, übrige Nummern verhältnissmässig.

**Bradford.** 16. Jan. Für Wolle besserer Begehr, Tendenz stetig, Garn fest, Mohairgarne gefragter, Stoffe besser.

## Vom Standesamt. 16./17. Januar.

### Aufgebot.

Standesamt I. Adler, Emanuel, Dr. med., prakt. Arzt, i., Nicolai-strasse 44/45, Freund, Ellen, i., Tauenhienstr. 16. — Gothard, Adolf, Hilschweinsteller, ev., Trebnitzerstr. 17, Gottschalk, Martha, ev., ebenda. — Schöenich, Gustav, Freistellenbesitzer, ev., Labisch, Rupert, Joh., freiev., Altshüberstrasse 6. — Kiesewetter, Gustav, Böttcher, ev., Urfuhnerstrasse 15, Hürder, Pauline, ev., ebenda. — Illner, Ernst, Obstbäckler, l., Hummerst. 54, Kirch, Bertha, ev., ebenda. — Sattler, Paul, Böttcher-geselle, ev., Schießwerderstr. 54, Küngel, Maria, l., ebenda. — Krohne, Wilh., Schiffer, ev., Berlin, Tilgner, Anna, l., Uferstr. 25. — Siegling, Gustav, Wirtschafts-Inspector, l., Neuhaus, Eisner, Clara, l., Kupfer-schmiedestrasse 16. — Airsch, August, Tischler, l., Weidenstr. 5, Werst, Anna, l., Ernststr. 1. — Brandt, Oskar, Schuhdienner, l., Paulinenstr. 14, Weymann, Martha, ev., Garvstr. 9. — Majcher, Richard, Kaufmann, ev., Herrenstr. 14, Matzner, Elise, ev., Herrenstr. 13. — Linke, Carl, Arb., ev., Nicolaistr. 58, Adolf, Caroline, ev., Garuthstr. 8. — Becker, Herm., Fleischer, ev., Weißgerberg, 21, Marks, Christiane, ev., Neue Welt-gasse 29. — Hoffmann, Wilh., Schneider, ev., Schmidedebrücke 49, Blau, Pauline, ev., Laurentiusstr. 3. — Gauhaber, Josef, Bäcker, l., Bismarckstrasse 21, Göttinger, Martha, l., ebenda. — Casper, Paulus, Tischler-meister, l., Münsterberg, Schmidt, Emma, l., Goldene Radegasse 1.

Standesamt II. Bübrig, Gustav, Sergeant, ev., Luisenstr. 17, Roy, Clara, ev., ebenda. — Junge, Fried, Kutscher, ev., Luisenstr. 18, Neige, Paul, ev., Weihgasse 15, Walter, Luise, ev., ebenda. — Langhäuser, l., Friedrich-Wilhelmstrasse 35, Walter, Luise, ev., ebenda. — Langhäuser, Eugen, Kaufmann, mos., Berlin, Cohn, Fried, mol., Friedrichstr. 66. — Kramer, Ernst, Steinmeß, ev., Neudorfstrasse 58, v. Gellhorn, Elsbeth, ev., Löbe-strasse 57. — Knote, Paul, Kürschner, l., Museumsplatz 9, Swara, Anna, l., Tauenhienstr. 14. — Wagner, Josef, Tischler, l., Victoria-strasse 14, Heimann, Mar., l., ebenda.

Die glückliche Geburt von zwei strammen Jungen zeigte hoch-erfreut an [1619] Elias Budwig u. Frau

Budwig, geb. Budwig, Breslau, 16. Januar 1888.

Statt besonderer Anzeige. Durch die glückliche Geburt eines ununterbrochenen Kindes wurden hocherfreut

Dr. Glaser und Frau Frieda, geb. Dzialoszynski, Soran N/R., [357] den 14. Januar 1888.

Gestern Nachmittag ist unser Robert an Diphtheritis gestorben. Breslau, den 17. Januar 1888. Stadtrath Möhl und Frau.

Heute Nacht 12 $\frac{1}{4}$  Uhr entschlief nach langen Leiden sanft und gottgerufen, wiederholte verschen mit den heil. Sterbesacramenten, unser geliebter Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel,

der Seifenfabrikant  
**Carl Wieczorek,**

im 56. Lebensjahr.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

**Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.**

Oppeln, den 17. Januar 1888.

Die Beerdigung findet Freitag, den 20. d. M., Nachmittags 3 Uhr, statt. [365]

Heute Vormittag verschied nach kurzer schwerer Krankheit unser Buchhalter,

**Herr Curt Herold,**

im blühenden Alter von 23 Jahren. Wir verlieren in dem Heim-gegangenen einen pflichttreuen und braven Beamten von liebens-würdigem Charakter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Liegnitz, den 17. Januar 1888. [982]

Der Vorstand der Filiale der Breslauer Wechslerbank vormals Louis Pollack. Siegmund Steinfeld. Carl Klein.

Heute Morgen entschlief sanft nach kurzem aber schwerem Leid unser theurer College und Freund [983]

**Curt Herold**

in dem blühenden Alter von 23 Jahren. Wir werden seiner stets in Liebe gedenken.

Liegnitz, den 17. Januar 1888.

**Das Personal der Filiale der Breslauer Wechslerbank vormals Louis Pollack.**

## Sterbefälle.

Standesamt I. Kluge, Max, S. d. Schuhmachers Wilh., 3 M. — Deutschländer, Clara, Näherin, 20 J. — Rosenthaler, Theodor, S. d. Laternenwärt, Hermann, 9 M. — Lauer, Caroline, Arbeiterin, 55 J. — Tischler, Joseph, Arbeiter, 24 J. — Fröhmer, Rudolf, S. d. Schuhmanns Carl, 2 M. — Vogel, Berthold, Tischler, 37 J. — Langer, Oscar, Kaufmann, 35 J. — Remane, Gottlieb, Brannweinbrenner, 44 J. — Heßler, Hugo, Bäuerle, 20 J. — Bätsche, Emil, Metalldreher, 26 J. — Grenzel, Catharina, L. d. Postsekretärin Feltz, 19 J. — Hoffmann, Helene, L. d. Aus-schänkers Julius, 2 J. — Hofseld, Auguste, geb. Lust, Lacknerfrau, 60 J. — Fechner, Carl, Unter-Lazarethgehilfe, 23 J. — Schlesog, Marie, geb. Beuge, Arbeiterin, 47 J. — Ameis, Bruno, S. d. Tischlers Heinrich, 3 M. — Wunsch, Christiane, geb. Oppermann, Postbeamtenwitwe, 87 J. — Rösner, Anna, Arbeiterin, 34 J. — Janke, Gottlieb, Gastwirth, 35 J. — Lindner, Albrecht, Arb., 40 J. — Schumann, Alfons, S. d. Eisenbahners Rudolf, 4 J. — Wegner, Johanna, geb. Gramolle, Zimmermannswitwe, 55 J. — Krämer, Gottfried, Arbeiter, 56 J. — Buckmantel, Alois, S. d. Arb. Carl, 8 M. — Heidank, Hermann, S. d. Maschinengärtner Heinrich, 5 M. — Jenke, Hedwig, 19 J. — Gottschalk, Anna, L. d. Zimmermanns Paul, 1 L. — Kolewe, Louis, Arb., 25 J. — Scholz, Martha, L. d. Arbeiters Wilhelm, 1 M. — Ritschke, Gottlieb, Inquinil, 67 J. — Walter, Johanna, geb. Blonke, Communal-Creuttorwur, 75 J. — Erbert, August, Barbierlehrer, 17 J. — Dreicer, Rudolf, Buchdrucker, 29 J. — Harsch, Alfred, Musiker, 20 J. — Jung, Carl, S. d. Reg. Hauptsteueramts-Assist. a. D. Julius, 1 J. — Knoblich, Emma, L. d. Malers Adolf, 11 M.

Standesamt II. Krause, Margarethe, T. d. Tapezierers Richard, 1 M. — Kuschke, Robert, S. d. Schlossers Emil, 16 J. — Bernert, Meta, L. d. Schuhmachers Carl, 9 M. — Eichner, Fritz, S. d. Korkenschniders Wilhelm, 18 J. — Kelch, Anna, geb. Schenner, Schmiedefrau, 47 J. — Bernard, Richard, S. d. Schaffners Robert, 2 T. — Stüh, Robert, Musiker, 39 J. — Blechner, Carl, Concursmaschinenwirker, 64 J. — Blechle, Anna, geb. Freiheit, Stations-Assistentenfrau, 45 J. — Järsch, Bertha, L. d. Arbeiters Ernst, 7 M. — Bierert, Auguste, Wirtschafterin, 39 J. — Schultz, Wilhelm, Professor Dr., 59 J. — Bartsch, Bruno, Kaufmann, 35 J. — Haase, Emma, L. d. Haushälters Paul, 3 W. — Susef, Rudolf, S. d. Arbeiters Emil, 7 M. — Haushald, Else, S. d. Kaufmanns Paul, 11 M. — Blech, Walter, S. d. Bureauadiners Ernst, 4 J. — Neppel, Henriette, geb. Sommer, Stellmacherfrau, 55 J. — Mehlisch, Gottfried, Tischler, 64 J. — Bochnig, Franziska, geb. Aller, Arbeitervitwe, 80 J. — Rothen, Emilie, Näherin, 22 J. — Mühl, Robert, S. d. Stadtraths Otto, 9 J. — König, Fritz, S. d. Arb. Carl, 1 J. — Giese, Margarete, L. d. Schuhm. Wilhelm, 7 W. — Karger, Emma, L. d. Tischlers Rudolf, 1 J. — Thiel, Clara, geb. Gromotka, Tischlerfrau, 23 J. — Langner, Juliane, geb. Knoll, Gastwirthwe, 76 J.

## Bergnugungs-Anzeiger.

\* **Helmtheater.** Das für Dienstag angekündigte Beneß des Herrn Capellmeisters Krellwih „Der kleine Herzog“ findet heute Mittwoch statt.

## G. Henneberg in Zürich,

Seidenfabrik-Depot (R. u. K. Hoflieferant).  
Für Private vortheilhafte Bezugsquelle von  
Seidenstoffen jeden Genres in schwarz, weiß u.  
farbig. Muster umgehend. Doppelt Briefporto.  
Durchschnittl. Lager ca. 8000 Stück. [503]

## Nachruf.

Durch den am 13. d. M. plötzlich erfolgten Tod des Kaufmanns und Stadtverordneten [967]

## Herrn Hugo Peiser

zu Festenberg hatte der unterzeichnete Synagogen-Bezirk, welchem derselbe als Vorstandsmitglied eine Reihe von Jahren angehört hat, einen schmerzlichen Verlust erlitten. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen biedern Collegen und lieben Freund, der mit unermüdlicher Thätigkeit und aufopfernder Pflichttreue das Interesse unseres Synagogen-Bezirks stets zu fördern bemüht war. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

## Der Vorstand

des 9. Synagogen-Bezirks P. Wartenberg.

M. Ucko.

## Attention!

Ein jung, tiefgläubig. Mädel, d. d. Vater zwing. will, ein. reich, verbahten Mann zu heirath., sucht verzweif. einen edlen Ratgeber als Retter sub A. W. posil. Tauenhienpl.

Im Verlage von Eduard Trewind in Breslau ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Einfachere gewichtsanalytische

## Uebungsaufgaben

in besonderer Anordnung

nebst

Einleitung als Vorwort:

Einiges über Unterricht in

chemischen Laboratorien

von [5663]

Dr. F. Huck.

Mit 17 Textabbildungen.

In biegamen Leinenbd. geb.

2 Mk. 40 Pf.

Grosses Lager von Büchern  
aus allen Zweigen  
der Literatur.

Journal-  
Lesezirkel  
von 74 Zeit-  
schriften.

Bücher-  
Leih-Institut  
für neueste  
deutsche, französ.  
u. englische Literatur.

Abonnements

können täglich beginnen.

Prospectus gratis und franz.

**H. Scholz,** Buchhandlung, Breslau, Stadtheater.

Bücher-  
Leih-Institut

für neueste  
deutsche, französ.  
u. englische Literatur.

Abonnements

können täglich beginnen.

Prospectus gratis und franz.

## Gänzlicher Ausverkauf!

Nachdem sich mein Ausverkauf,  
der grossen Vorräthe wegen, bisher  
verzögert hat, muss derselbe nun  
mehr innerhalb weniger Wochen  
beendet sein.

Ich offerire daher: Teppiche,

Möbelstoffe, Tischdecken,

Läuferstoffe etc. — durch-

gehends reelle Waaren — zu den

denkbar billigsten, tief

herabgesetzten Preisen, theil-

weise bis zur Hälfte der früheren

Verkaufspreise. [972]

Der Verkauf findet von 8–1 Uhr

und von 1/2 bis Abends wochen-

täglich statt.

Die Laden-Einrichtung ist zu verk.

J. L. Sackur,

Schweidnitzerstr. 3 u. 4, 1. Et.

## Etat der Handelskammer und der Börse für das Jahr 1888.

Titel.	Allge- meine Unkosten.	Von den allgemeinen Unkosten entfallen auf den Etat der	
		Handels- kammer.	Börse.
I.	Gehäuser, Diäten und Reisekosten	16 231	11 835
II.	Wiete für das Amtslocal und Mietentschädigung	1 600	1 600
III.	Für Heizung, Beleuchtung und Schreibmaterialien	660	540
IV.	Für Herstellung des Jahres- bericht		

**Stadt-Theater.**

Mittwoch. „Die Meistersinger von Nürnberg.“ Drei in drei Acten von Richard Wagner.  
Donnerstag. Johann von Paris. Komische Oper in 2 Acten von Boieldieu.  
Freitag. Zum 1. Male: „Die Weisheit Salomo's.“ Schauspiel in 5 Acten von Paul Heyse.

**Lobe-Theater.**

Mittwoch. Zum letzten Male und zu ermäßigten Eintrittspreisen: „Breslauer Semmelwochen.“  
Donnerstag. Zum 1. Male: „Eine Speculation.“ Schauspiel in vier Acten von R. Lobeck und F. Odemar. Eintrittspreise wie gewöhnlich. (Parquet 3 M. u. f. w.)

**Helm-Theater.**

Heute Mittwoch, den 18. Januar. **Vorlese** für den Kapellmeister Herrn Krellwitz.  
Zum 1. Male: „Der kleine Herzog.“ Kom. Oper in 3 Acten v. Ch. Leocq.

Ausschank von Helm-Bräu und Bock-Bier.

**Botanische Section.**

Donnerstag, den 19. Januar, Abends 7 Uhr:  
1) Herr Dr. Woitschach: Ueber ein fossiles Holz von Freystadt, Ndr. Schles.  
2) Königl. Garten-Inspector Herr B. Stein: Ueber Flechten des Kilima Ncharo. [1970]

**Singakademie.**

Sonnabend, 21. Januar, Abends 6 Uhr: Uebung (Bruch's Glocke). Nach derselben: [1916]

**Generalversammlung** zur Wahl des Wahlausschusses.

**Grosser Saal der Neuen Börse.**

Montag, den 13. Febr. 1888: **Concert** von Frau Amalie Joachim,

Fraulein Helene Geissler,

Xaver v. Makomaski, Concertmeister.

Billets à 4, 3, 2, 1½ M. bei

Theodor Lichtenberg, Musikalienhülg., Zwingerplatz 2.

**Victoria-Theater.**

Simmener Garten. Heute: Neu!

**Moser-Troupe,**

Partie-Urbaten, lebende Marmor-Gruppen. Wokas. Stachanpriger. Marie Nachschatt, Kärnthner Sängerin, Geschwister Erica, Duettistinnen, Zierath, Ge sangs-Humorist. Aufreten der Kunstradfahrer Wilmet & Lester, Richards mit seinen drei Söhnen Gänser, Nigi, Wiener Zwergkomiker, Szemanowicz, Luftvolteur. [1973]

Anfang 7½ Uhr. Eintritt 60 Pf.

**Zeltgarten.**

Aufreten der Minifer-Troupe Henry de Vry, Mr. Vero, Jongleur, Sisters Lillis, Velocipedistinnen, Fräulein Elissa Moser, Sängerin, der 2 Sägeweber Metta, Kärnthner Sängerninnen, Miss Zampa, großartige Lust-Künstlerin, Mr. Kubini, Vogelstimmen-Miztator, Herrn Mariot nebst Fräulein Mariette, Duettisten, Fräulein Engler, Sängerin. Anfang 7½ Uhr. Eintritt 60 Pf. [1974]

**Bresl. Handlungsdienner-Institut,**

Nr. 8. Donnerstag, den 19. Jan. 1888, Abends 8½ Uhr:

**Debatzen-Albend.**

Tages-Ordnung: 1) Mittelungen. 2) Vortrag des Herrn Dr. Alexander Adler über „Erdbeben und Vulkanen“. 3) Fragestunden. [349]

(Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben zu dieser Versammlung Zutritt.)

Der Vorstand.

**Ahabat Achim.**

Heute Versammlung. [1603]

J. O. O. F. Morse □ 18. I.

A. 8½ V. G. E. I. [364]

Mont. d. 20. I. 7. R. Δ.

u. B. IV.

**Zoologischer Garten.**

Heute Mittwoch: Concert. Auf. 4 Uhr.

**Montefiore-Verein**

zur Unterbringung armer Kinder in höhere Schulen. Vortrag des Königlichen Garten-Inspectors Herrn B. Stein: „Ueber die Pflanzen des jüdischen Cultus“ am Mittwoch, den 19. Januar, 8 Uhr Abends, im Saale der „Gesellschaft der Freunde“. [829]

Billets à 50 Pf. in der Hainauer'schen Königl. Hof-Musikalien- und Buchhandlung und beim Rendanten, Herrn Th. Oschinsky, Sonnenstr. 2; an der Abendkasse 1 Mark. Für Mitglieder frei.

**Weinhandlung und Weinstuben**

**Georg Grautoff,**

Öhlauerstraße 58 und Käthelohle 9.

Mittags à Concert 1,50 und 2 M. Empfehle meine eleganten Räume zu Privatfestlichkeiten, Hochzeiten etc. [1617]

Vom Sonntag, den 15. Januar a. er. an:

**Auflösung unseres Lagerbieres.**

Mit dem Verkauf unseres

**Münchener Versandt-Bieres**

können wir wegen großer baulicher Umänderungen erst zum Osterfest beginnen. [797]

Hochachtungsvoll

**Hopf & Görcke,**

vorm. II. Kirchner.

Eigene Ausschank-Lokalitäten:

„Brauerei in Gräbschen“, „Stadt Danzig“, Schmiedebrücke Nr. 58,

„Promenaden-Garten“ (früher Gorlauer Garten), Neue Gasse Nr. 15.

**Total-Ausverkauf.**

Wegen vollständiger

**Geschäfts-Auflösung**

müssen sämtliche vorhandene Waaren, bestehend in [872]

**Oberhemden, Kragen, Manchetten, Gravatten, Handschuhen, Hüten, Schirmen, Stöcken,**

bis zum 20. Februar a. c.

zu spottbilligen Preisen ausverkauft werden.

**J. Strassner's Nachf., Carlstr. 1, Eingang Schweidnitzerstr.**

NB. Ganz besonders mache auf die Artikel

**Hüte u. Damen-Sonnenschirme**

aufmerksam.

**Sächsische Wollwaaren-Manufaktur**

Fabrikniederlage BRESLAU, Zwingerplatz 1 nahe der Schweidnitzerstrasse.

**Größtes Lager von Wollwaaren**

eigener Fabrikation.

Specialitäten: Tricot-Anzüge, Tricot-Kleidchen, Herrenwesten, Damenwesten und Röcke.

**WARNUNG!**

**S. Roeder's BREMER-BURSE-FEDER**

**Anerkannt beste Bureau- und Comptoir-Feder.**

Da bereits vielfache Nachahmungen dieser allgemein beliebten Feder in geringerer Qualität in den Handel gebracht worden sind, so bitte ich die geehrten Consumenten darauf zu achten, dass jede einzelne Stahl-feder mit meinem vollständigen Namen und die Schachteln ausserdem mit nebenstehender Schutzmarke versehen sind; nur diese Merkmale bieten für die bisherige Qualität Garantie. [346]

Gesetzlich deponirt. Zu beziehen durch alle Schreibwaren-Handlungen des In- und Auslandes.

Berlin so. **S. Roeder**, Königl. Hoflieferant.

**N. Brahm, Schleuniger Ausverkauf.**

Herrenstr. 25. Mein Lager v. Eisen, Stahl, Messing, Kurzwaaren, Bürsten,

**Bauartikel, Werkzeug, Haus- u. Küchengeräthen,**

Lampen, Spulen verkaufe wegen Todesfall zu jedem Preise. Wache

besonders Eisenhändler und Wiederverkäufer darauf aufmerksam. [1623]

**Größte Staatsgewinne:**

600,000 Mk., 2 × 300,000, 2 × 150,000 Mk.

Haupt- und Schlussziehung:

20. Januar bis 8. Februar, täglich 4000 Gewinne.

**Kgl. Preuss. 177. Staatslotterie.**

In Summa 65,000 Gewinne: 22 Millionen 157,180 Mk. baar.

Hierzu empfehlen Original- und Anteil-Loose:

1/2 M. 220, 1/4 M. 110, 1/8 M. 55, 1/16 M. 44, 1/32 M. 27 1/2, 1/64 M. 22, 1/128 M. 11, 1/256 M. 6, 1/512 M. 3 1/4.

[558] Amtliche Liste und Porto 60 Pf. extra.

**Oscar Bräuer & Co.,**

Breslau, Ring 44.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Freiburg Band VI Blatt 1 ff. unter Grundbuchnummer 238 B. auf den Namen des Gastwirths Julius Tost zu Freiburg eingetragene, zu Freiburg belegene Grundstück „Gasthof zum goldenen Adler“

am 1. März 1888,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 2192 M. Nutzungsverwertung zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstichungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiber I, Zimmer Nr. 1, eingesehen werden.

Das Urteil über die Erteilung des Urteils wird [7524] am 2. März 1888,

Vormittags 11 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden. Freiburg i. Sch., den 14. Febr. 1887

Königliches Amts-Gericht.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Destillateurs [964] Adolph Zernik

in Reiffe ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden. Reiffe, den 14. Januar 1888.

Hecker, Gerichtsschreiber

des Königlichen Amts-Gerichts.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Fritsch

in Neustadt O.S. ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters

Termin [1983]

auf den 10. Februar 1888,

Vormittags 10 Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte hier selbst, im Zimmer Nr. 11 des Hauptgeschäftsbüro bestimmt.

Neustadt O.S., den 12. Jan. 1888.

Schärmann, Gerichtsschreiber

des Königlichen Amts-Gerichts.

In Sachen, betreffend den Concurs über das Vermögen des Kaufmanns

Johann Slawik

zu Tarnowitz wird auf den Antrag des Concurs-Verwalters eine neue Gläubiger-Verhandlung zur Bezeichnung über die Bezeichnung eines Gläubiger-Antriffes, ein

tretenfalls über die im § 120 Concurs-Ordnung bezeichneten Ereignisse, über die Art und Weise der Bezeichnung der vorhandenen Waarenbestände und über die Anwendung der vor der Concurs-Gründung bezeichneten Pfändungen ein Termin auf

den 28. Januar 1888, Vormittags 10½ Uhr,

im heutigen Amtsgerichtszimmer Nr. 3 anberaumt.

Tarnowitz, den 12. Januar 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Glogau.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register wurde heute bei Nr. 418 das Erlöschen der Firma

H. Krebs

zu Gleiwitz eingetragen. [960] Gleiwitz, den 11. Januar 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Portland-Cement-Fabrik,

vormals A. Giesel,

in Spalte 4 folgendes eingetragen

In der General-Versammlung der Aktionäre vom 6. December 1887 ist beschlossen worden, das Grundkapital durch

**Oeffene Stadtsecretarstelle.**  
Die Stelle des Stadtsecretärs bei der unterzeichneten Verwaltung soll mit 1. April d. J. neu besetzt werden. [1604]

Bewerber, aber nur solche, welche bereits in ähnlichen Stellen bei größeren Verwaltungen sich bewährt haben, namentlich aber mit den Selbstverwaltungsgesetzen, d. Armen-, Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung und deren praktischen Anwendung genau bekannt sind, wollen sich baldigst, spätestens aber bis 3. Februar c., unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslautes bei uns melden.

Bei gleicher Qualification erhalten Vorförungsberechtigung den Vorzug. Das etatsmäßige Gehalt der Stelle beträgt 2100 M. und 210 M. Wohnungsgeldzuschuss.

Sagan, den 14. Januar 1888.  
Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Eine mit einem pensionsberechtigten Gehalt von 720 M. pro Jahr, 90 M. Mietshausförderung, 30 M. Beheizungsförderung und 30 M. Kleidergeldern dotirte [353]

### Polizei-Executive-Beamtenstelle

wird bei der unterzeichneten Verwaltung vacant und ist zum 1. Februar er. zu besetzen. Qualifizierte vorsorgungsberechtigte Bewerber wollen sich unter Einsendung eines curriculums vitae und ihrer Atteste bis ult. d. M. bei uns melden.

Dreimonatliche Probiedienstzeit bleibt vorbehalten.

Ramslau, den 14. Januar 1888.

Der Magistrat.

### Lohrinden-Verkauf in der Kgl. Oberförsterei Cosel.

Zum meistbietenden Verkauf der diesjähr. Lohrinden-Ruhung in den Revieren Mechnitz und Klodnitz, die sich auf etwa 1000 Centner II. Kl. beläuft, habe ich einen Termin auf

Freitag, den 3. Februar cr.,

Vorm. 11 Uhr,

im Gasthause der Witwe Kirchner zu Klodnitz anberaumt. [158]

Die Ruhung kommt in 2 Loofen à ca. 500 Centner zum Ausgebot. Käufer haben  $\frac{1}{2}$  des Steigerpreises anzuzahlen. Näheres durch Unterzeichneten zu erfahren.

Klodnitz, den 12. Januar 1888.

Der Oberförster

Krafft.

### Bekanntmachung.

Der Verkauf des bedeutenden Porzellan-, Wäsche-, Knopf-, Galanterie- u. Kurzwarenlagers findet nur

**Reuschestraße 63 statt.**  
Die Verkaufslokale

Gold, Nadegasse 8, 1. Et., bleiben einige Tage ganz geschlossen. Die Wiedereröffnung, namentlich des Mafsenau's. Lagers von Porzellan, da ich die Geschäftsräume gekündigt und bestimmt ausgebe, werde z. Zeit bekannt machen.

Es gelangen im Auktionsverkauf Reuschestraße 63 noch 1 große Partie Chemise, Stück für 15 M., Sammelband, 12 Mtr., d. Stück für 25 M., zum Verkauf. [1613]

B. Jarecki, Auctionator.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung nachstehend bezeichneteter Auktionsbedürfnisse für die Zeit vom 1. April 1888 bis ult. März 1889 soll im öffentlichen Licitation-Bericht vergeben werden.

Hierzu haben wir auf Donnerstag, den 26. Januar c.,

Vormittags 10 Uhr, Termin im Hausbureau der Anstalt anberaumt, wozu wir cautious-fähige Lieferanten mit dem Bemerkern einladen, daß die Lieferungsbedingungen im Hausbureau ausliegen, auch gegen Erfüllung der Copialien bezogen werden können, und daß Nachgebote bei der Licitation nicht angenommen werden. [152]

Der Bedarf beträgt ungefähr:

70 000 kg Brot,  
10 900 = Semmel,

5 500 = Schweinesleisch,  
9 500 = Rindfleisch,

2 000 = Schafsfleisch,  
1 500 = Kalbfleisch,

450 = Speck,  
150 = Fett,

100 l. Sahne,  
33 000 = Milch,

36 700 = Bier,  
1 400 kg Reis,

500 = Graupe,  
2 500 = Erbsen,

1 600 = Bohnen,  
300 = Linsen,

600 = Hirse,  
550 = Nr. I } Kaffee,

1 300 = Nr. II } Kaffee,  
400 = Zucker (harter),

1 900 = Farin,

150 cdm Holz (weiches),

600 kg Seife (weiße),

1 450 = Seife (grüne),

850 = Soda,

200 Gr. Roggenstroh.

Krenburg, den 14. Januar 1888.

Die Direction

der Provinzial-Iren-Aufstalt.

Dr. Bräuer.

**Bekanntmachung.**  
Zur Verbindung des für die hiesige Provinzial-Iren-Aufstalt vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 erforderlichen Bedarfs von ungefähr:

2500 klgr. Schweinesleisch,

14500 = Rindfleisch,

7000 = Schafsfleisch,

2000 = Kalbfleisch,

8200 = Lachsbutter,

1500 = Kochbutter,

96000 Liter Bier,

2300 klgr. Reis,

800 = Graupe,

7000 = Erbsen,

4000 = Bohnen,

600 = Linsen,

1500 = Hirse,

3000 = roher Kaffee,

650 = harter Zucker,

4000 = Farin,

1400 = weiße Seife,

800 = grüne Seife,

1000 = Soda,

700 Mtr. Tuch zu Pfleglings-

30 = Tuch zu Wärteran-

4000 = Leinwand zu Hemden,

2000 = Leinwand zu Bett-

zeug,

1000 = Leinwand, blau

carriert, zu Frauen-

kleidern,

700 = Manlau zu Frauen-

kleidern,

2000 = Drillisch zu Sommer-

anzügen

ist Termin auf [662]

Dienstag, den 24. Januar 1888,

Nachmittags 3 Uhr,

im Empfangszimmer der An-

halt angezeigt.

Diese Bedürfnisse werden in vor-

stehender Reihenfolge zur Licitation gelegt und Nachgebote nicht berücksichtigt.

Proben von Tuch, Leine-

wand, Drillisch und Drillisch liegen

im Anstalt-Bureau zur Einsicht aus.

Die anderweitigen Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht,

können jedoch auch vorher in unserem

Bureau eingesehen oder gegen Er-

stattung der Copialien bezogen werden.

Breslau, den 3. Januar 1888.

Die Direction

der Provinzial-Iren-Aufstalt.

[360]

H. Biermann, Vorwerksstr. 74a.

**1000 Mark**

sucht ein Königl. Subalternbeamter

gegen monatl. Zurrückzahlgn. von 25

Mark u. bis zu 6% Zinsen. Adr. A.

B. 1 Rosenberg Os. postlagd. [1605]

**BORDEAUX-**

Haus ersten Ranges, zahlreiche Ver-

bindungen in Deutschland unter-

haltend, Eigenthümer mehrerer clasi-

sierten Gewächse, sucht zum Ver-

kauf seiner Weine thätige Ver-

treter. Offerten mit Referenzen an

auf P. G. Quai des Chartrons

106, Bordeaux. [358]

**Herren-Confection.**

Ein Manufakturift in Prima-

Referenzen, in einer großen Fabrik- u. Garnison-Stadt (ca.

40,000 Einw.) sucht, um seine Ge-

schäftsräume auszunützen, Herren- und Knaben-Gar-

boire in Commission, die er event.

später für feste Nied-

nung übernehmen will. Gesl.

Off. sub J. M. 8572 an Rudolf

Mosse, Berlin SW. [356]

**Theilnehmer**

mit einem Capital in Höhe von

20.—25,000 Mark gefügt.

Offerten unter H. 2257 an Haasen-

stein & Vogler, Breslau.

**Aufgesprungenen Hände**

verhüttet und befeitigt mein

lanolin-Cold-Cream,

sowie die daraus hergestellte

Glycerin-Cold-Cream-Seife.

E. Stoermer's Nachf. Koschiss.

Öhlauerstr. 24. [588]

**Zwei gebrauchte, aber durch-**

aus fehlerfreie

[895]

**Reservoirs**

werden zu kaufen gesucht.

Offerten an die Expedition der

Breslauer Zeitung unter S. 128.

**Holzwolle**

in mittelstarken Nummern hat billigst

abzugeben

[838]

S. Gallinek, Landsberg Os.

**Prachtvollen Schellfisch, Hecht, grüne Heringe, Zander, Ural-Caviar, reines Gänselfett**

empfiehlt [1621]

**E. Huhndorf,**

Schmiedebrücke 21.

**Amüsante**

Scherz-Artikel für Herren.

Probabilier (Pariser Ori-

ginales) mit deutschem Katalog

über französische Karten, uenuele

Pariser Scherz-Sachen, ver-

ende franco gegen Einsendung

von 2 Mark, Katalog ohne Bild.